

PROTOKOLL

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Freitag,
den 16. Dezember 1960, im Rathaus, 1. Stock rückwärts, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 16,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

Vorsitzender:

Bürgermeister Josef Fellingner

Bürgermeister-Stellvertreter:

Franz Paulmayr

Michael Sieberer

Die Stadträte:

Altbürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher

Alois Besendorfer

Franz Enge

Alois Huemer

August Moser

Anton Neumann

Vinzenz Ribnitzky

Hans Schanovsky

Die Gemeinderäte:

Hans Ebner

Rudolf Fürst

Anton Hochgatterer

Josef Hochmayr

Franz Hofer

Johann Holzinger

Margarete Kalss

Johann Knogler

Franz Kúpferling

Erwin Marreich

Maria Nigl

Julius Nowak

Leopold Petermair

Prof. Stefan Radinger

Johann Radmoser

Ing. Johann Schinko

Franz Schmidberger

Friedrich Stahlschmidt

Ludwig Wabitsch

Alois Wally

Leopold Wippersberger

Vom Amte:

Magistratsdirektor Dr. Karl Enzelmüller

Amtsrat Josef Dambachmayr

Amtsrat Ferdinand Mayrhofer

Protokollführer:

VK Alfred Eckl

VB Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

Berichterstatter Bürgermeister-Stellvertreter MICHAEL SIEBERER:

- 1) Rp-6617/1958 Erhöhung der Verpflegskostensätze im Zentralaltersheim.

Berichterstatter Stadtrat HANS SCHANOVSKY:

- 2) Ha-6188/1959 Genehmigung des Nachtragsvoranschlags 1960.
- 3) Ha-4754/1960 Genehmigung des Voranschlags 1961.
- 4) Ha- 146/1957 Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m.
Ha-3587/1960 b.H. der Stadt Steyr.
Ha-4212/1960
Ha-4206/1960
- 5) ÖAG-7878/1960 Erwerb von Miteigentumsanteilen im Hochhaus Färbergasse 7.
St. Unt.
- 6) Ha-8607/1958 Reduzierung eines Darlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH der Stadt Steyr für den Bau des Hochhauses Färbergasse 7.

Berichterstatter Stadtrat ALOIS BESENDORFER:

- 7) Präs-404/1960 Bestellung eines gemeinderätlichen Wohnungsausschusses.
- 8) Zl. 2033/1952 Aufhebung des GR-Beschlusses betr. die Benützung von öffentlichem Gemeindegut und dem darüber befindlichen Luftraum.

Bürgermeister Josef Föllinger:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße Sie zu der letzten im heurigen Jahre stattfindenden Sitzung auf das herzlichste. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben.

Entschuldigt sind Herr Stadtrat Schachinger, Frau Gemeinderat Pammer und die Gemeinderäte Baumann und Zöchling.

Zu Protokollprüfern werden die Herren Gemeinderäte Wabitsch und Stahlschmidt vorgeschlagen.

In der Abwicklung der Tagesordnung bitte ich Herrn Vizebürgermeister Sieberer zum Bericht!

Bürgermeister-Stellvertreter Michael Sieberer:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Mein erster Antrag betrifft:

- 1) Rp-6617/1958
Neufestsetzung der Verpflegskostensätze, Regiebeiträge und des Betreuungszuschlages im Zentralaltersheim.
Antrag des Stadtrates und des Fürsorgeausschusses.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
1. In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. 7. 1955, F-2497/54, werden die Verpflegskostensätze im städtischen Zentralaltersheim mit Wirkung

vom 1. Jänner 1961 wie folgt neu festgesetzt:

- | | |
|--|----------------|
| a) für die Unterbringung in einem Einbettzimmer | tägl. S 28, -- |
| b) für die Unterbringung in einem Zweibettzimmer | " S 22, -- |
| c) für die Unterbringung in einem Mehrbettzimmer bzw. in einem Mansardenzimmer und | " S 19, -- |
| d) für die Unterbringung in der Pflegebedürftigenabteilung S 21, -- und S 4, -- Betreuungszuschlag, zusammen | " S 25, -- |
2. In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. 12. 1955, F-2497/54, wird der Regiebeitrag während der Abwesenheit eines Pflégelings aus dem Zentralaltersheim ab 1. Jänner 1961 neu festgesetzt und zwar:
- | | |
|--|----------|
| Für Personen in einem Einbettzimmer täglich mit | S 11, -- |
| für Personen in einem Zweibettzimmer täglich mit | S 7, -- |
| für Personen in Mehrbettzimmer und Mansardenzimmer täglich mit | S 5, -- |

In der Pflegebedürftigenabteilung richtet sich der Regiebeitrag nach vorstehenden Sätzen, je nach Unterbringung.

3. Absatz 2 des Punktes 15 der Hausordnung für das Zentralaltersheim (Gemeinderatsbeschuß vom 13. 4. 1956, F-6667/55, mit Beschluß des Amtes der o.ö. Landesregierung vom 17. 12. 1956 genehmigt), wonach für insgesamt 4 Wochen Abwesenheit eines Pflégling's vom Zentralaltersheim keine Kosten zu bezahlen sind, hat mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1961 zu entfallen.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Herr Stadtrat Moser bitte!

Stadtrat August Moser:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Wir finden diesen Antrag als unangebracht und zwar aus dem Grunde, weil wir der Auffassung sind, daß die Gemeinde nicht unbedingt auf dem Standpunkt stehen muß, daß bestimmte Einrichtungen - das Altersheim ist davon eine der wichtigsten und eine auf die wir sehr stolz sein können - unbedingt kostendeckend sein müssen. Es gibt eben Gebiete für die das Gemeinwesen zu sorgen hat und wir sind der Ansicht, daß dies eines der vordringlichsten ist.

Wir wissen auch, daß jetzt durch eine bescheidene Rentenerhöhung der Eine oder Andere diese Kosten-erhöhung schmerzloser tragen kann, aber im Großen und Ganzen sollen wir doch unseren alten Leuten, die seinerzeit dazu beigetragen und mitgeholfen haben, alle diese Werke - das heißt die Voraussetzungen dazu - zu schaffen, ihren Lebensabend nicht allzu schwer machen, besonders in finanzieller Hinsicht nicht. Es sind ja nicht alle so glücklich, daß sie eine nennenswerte Erhöhung bekommen. Es gibt, wenn man die Einzelfälle durchrechnet, ohne Zweifel welche, denen von den in den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen 20 % sehr wenig oder nichts übrig bleibt. Deshalb sind wir der Auffassung, daß diese Erhöhung nicht vorgenommen werden soll und daß die Gemeinde diesen Passivposten eben aus den allgemeinen Mitteln zu tragen hätte. Ich erkläre deshalb, wenn dieser Antrag zur Abstimmung kommt, daß meine Fraktion dagegen stimmen wird.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Wünscht sonst noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Sieberer bitte!

Bürgermeister - Stellvertreter Michael Sieberer:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Sicherlich ist manches Vorgebrachte begründet, nur ist, wie Sie aus dem Antrag ersehen, seit 8. 7. 1955, also seit 5 Jahren, keine Regelung der Verpflegskosten durchgeführt worden und der Abgang wuchs daher

von Jahr zu Jahr. Trotz der Neuregelung der Verpflegskosten, die zwischen S 380 000, -- und S 400 000, -- einbringen wird, ist im Budget, das wir in einem der nächsten Punkte beraten werden, noch ein Abgang von S 650 000, -- ausgewiesen. Wir sind deshalb der Meinung, daß es notwendig ist, die vorgeschlagene Regelung durchzuführen, da ein noch höherer Abgang von der Gemeinde nicht mehr getragen werden könnte.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich darf Sie um die Abstimmung bitten.

Wer mit dem Antrag des Referenten einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Gegenprobe bitte? - Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen. (Sämtliche Gemeinderatsmitglieder, mit Ausnahme von Stadtrat Moser, Gemeinderat Schmidberger und Frau Gemeinderat Nigl, stimmen für den Antrag):

Zum zweiten Tagesordnungspunkt bitte ich Herrn Stadtrat Schanovsky zum Wort!

Berichterstatler Stadtrat Hans Schanovsky:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Im Laufe des Jahres 1960 haben sich gegenüber dem Voranschlag erhebliche Abweichungen ergeben. Um die Übersicht über die Gebarung aufrecht zu erhalten ist es daher erforderlich, einen Nachtragsvoranschlag zu erstellen.

Der vorgelegte Entwurf hiezu ändert oder ergänzt die einzelnen Ansätze des Voranschlages im Sinne der Beschlüsse des Stadt- oder Gemeinderates durch die über- oder außerplanmäßige Ausgaben bewilligt wurden. Er berücksichtigt des weiteren bei den Pflichtausgaben die Änderungen durch gesetzliche Neuregelung (wie etwa bei der Landesumlage) oder nach Maßgabe des tatsächlichen Anfalls nach der bisherigen Abwicklung (z. B. bei den Fürsorgeausgaben). Kredite, die über die Entschließung oder aus zwingenden Gründen im laufenden Jahr nicht oder teilweise beansprucht werden, sind gestrichen oder dementsprechend gekürzt. Die Abgaben, Steuern und Gebühren sind im Sinne des bisherigen, tatsächlichen Aufkommens berichtet. Weiters ist vorgesehen, den Soll-Überschuß 1959 haushaltsmäßig zu vereinnahmen und den Rücklagen zuzuführen.

Im Endergebnis stellt der Nachtragsvoranschlag 1960 die Gesamteinnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes mit S 73 635 000, -- fest (lt. ursprünglichen Voranschlag S 65 938 000, --), wobei dem außerordentlichen Haushalt S 18 276 000, -- zugeführt werden (lt. Voranschlag S 14 890 600, --). Die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes erhöhen sich auf insgesamt S 32 495 000, -- (ursprünglich veranschlagt S 30 480 000, --). Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag ist aber lediglich durch eine Zuführung an die Grunderwerbsrücklage verursacht. Es handelt sich hierbei um einen Einnahmenüberschuß aus dem An- und Verkauf von Liegenschaften, der zufolge einer landesrechtlichen Bestimmung dem Vermögen zuzuführen ist. So weit die Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt und sonstige Einnahmen nicht ausreichen, wird die vol-

le Deckung des außerordentlichen Haushalts durch eine Entnahme aus den Rücklagen herbeigeführt.

Damit ist im Sinne des ursprünglichen Voranschlags der gesamte Haushalt 1960 ausgeglichen. Per Saldo werden hiebei die Rücklagen ungefähr im gleichen Maße beansprucht wie ursprünglich veranschlagt. Bei Berücksichtigung aller Zuführungen und Entnahmen im Jahre 1960 wird der

anfängliche Rücklagenbestand von	S 13 329 050,70
im Endergebnis um	" 6 914 200,--
auf einen voraussichtlichen Bestand von	S 6 414 850,70
	=====

am 31. 12. 1960 vermindert.

Daraus ergibt sich, daß die Mehrausgaben und Mindereinnahmen des Rechnungsjahres 1960 durch Mehreinnahmen und Einsparungen ausgeglichen werden.

Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus dem höheren Aufkommen der eigenen Steuern, einer Darlehensrückzahlung der GWG der Stadt Steyr für das Hochhaus wegen Abverkauf ins Eigentum und Rückzahlungen auf Forderungen aus dem Heimfall des Gaswerkes (Altbestand). Eine Mindereinnahme bedeutet der Entfall der Darlehensaufnahme bei der Bank für Oberösterreich und Salzburg wegen des verzögerten Baubeginnes beim Hause Stadtplatz 25. Bei den Mehrausgaben steht die Landesumlage mit S 4 113 000,-- an der Spitze, gefolgt von den Zuführungen an Rücklagen, teils infolge der erhöhten Darlehensrückzahlungen (Tilgungen), teils infolge der nicht für Einkäufe verwendeten Erträge aus Liegenschaftsverkäufen. Weiters erfordert die Restzahlung für den Ankauf der Miteigentumsanteile im Hochhaus Färbergasse einen erheblichen Mehraufwand. Der veranschlagte Schuldendienst wurde fast zur Gänze eingespart, weil das Darlehen für das er angesetzt war, zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht aufgenommen wurde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich im einzelnen und im beschränkten Ausmaß bis zur gänzlichen Abwicklung des Rechnungsjahres 1960 auch gegenüber den Ansätzen des Nachtragsvoranschlags Änderungen ergeben. Aber sie werden den durch den Nachtragsvoranschlag fixierten Enderfolg nicht wesentlich beeinflussen.

Es ist Ihnen allen ein Exemplar des Nachtragsvoranschlags zugegangen, dem Sie die einzelnen Details zu meinem Vortrag entnehmen können.

Der Finanz- und Rechtsausschuß stellt Ihnen daher folgenden Antrag:

2) Ha-6188/1959

Genehmigung des Nachtragsvoranschlags 1960.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr in der Sitzung am 21. 12. 1959, Ha-6188/59, womit der Voranschlag 1960 genehmigt wurde, wird im Sinne des Nachtragsvoranschlags für das Jahr 1960 im Abschnitt I wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen	
von S 65 938 000,-- auf	S 73 635 000,--
die Gesamtausgaben	
von S 65 938 000,-- auf	" 73 635 000,--
Überschuß/Abgang	S -,-
	=====

b) die Reineinnahmen	S 67 522 700,--
von S 59 636 700,-- auf	
die Reinausgaben	
von S 59 636 700,-- auf	S 67 522 700,--
Überschuß/Abgang	S -,-
	=====

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen	
von S 30 480 000,-- auf	S 32 495 000,--
die Gesamtausgaben	
von S 30 480 000,-- auf	S 32 495 000,--
Überschuß/Abgang	S -,-
	=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. 12. 1959 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1960 bleiben unverändert.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister Johann Fellingner:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Es ist keine Gegenstimme zu verzeichnen. Der Antrag ist angenommen.

Darf ich nun um den Vortrag des Voranschlags 1961 bitten?

Berichterstatler Stadtrat Hans Schanovsky:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Zum 15. Mal habe ich die ehrende Aufgabe, Ihnen einen Voranschlag vorzutragen und zwar den für das Jahr 1961. Es ist der letzte in unserer Funktionsperiode.

(Stadtrat Schanovsky trägt den Vorbericht aus dem Voranschlag 1961 vor. - Beilage B -).

Leider mußten so wie in den vergangenen Jahren auch für das Jahr 1961 eine beachtliche Reihe von Wünschen zurückgestellt werden, weil sie im Rahmen dieses Voranschlags keinen Platz finden konnten. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß diesen zurückgestellten Vorhaben die Notwendigkeit und Dringlichkeit abgesprochen wird. Selbstverständlich gibt es auf den kommunalen, kulturellen und sozialen Gebieten noch eine Reihe von Aufgaben, die zu erfüllen wären, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Man darf wohl annehmen, daß die derzeitige Konjunktur in der Wirtschaft weiterhin anhalten wird, doch darf dieser Umstand nicht dazu verleiten, unsere bisherige Finanzpolitik zu verlassen und vielleicht größere Schulden zu machen, was Notzeiten vorbehalten bleiben soll. Unsere Hauptsorge ist nach wie vor der Wohnbau, um welche Aufgabe wir mit allen Anstrengungen bemüht bleiben müssen, denn die Wohnungsnot ist immer noch sehr groß.

Ich habe noch allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag zu danken und das Kontrollamt zu bitten, über eine rentable Wirtschaftlichkeit und eine ordnungsgemäße Abwicklung der Gebarung zu wachen.

Sehr geschätzter Gemeinderat, ich bitte Sie, die bisher so gedeihliche Zusammenarbeit, die sich so wertvoll und zweckmäßig gestaltete, auch im kom-

menden Jahr zum guten Erfolg für unsere Stadt und die Bevölkerung zu üben.

In diesem Sinne stellt Ihnen der Finanz- und Rechtsausschuß folgenden Antrag:

3) Ha-4754/1960

Genehmigung des Voranschlags 1961.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Als Grundlage der Finanzierung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1961 wird der Voranschlag 1961 genehmigt und zwar:

1. Der ordentliche Haushalt

a) mit Gesamteinnahmen von	S 68 150 800,--
und Gesamtausgaben von	" 68 150 800,--
Überschuß	-,--
Abgang	

b) mit Reineinnahmen von	S 62 395 000,--
und Reinausgaben von	" 62 395 000,--
Überschuß	-,--
Abgang	

2. der außerordentliche Haushalt

mit Gesamteinnahmen von	S 24 299 800,--
und Gesamtausgaben von	" 34 308 000,--
Abgang	S 10 008 200,--

3. der Wirtschaftsplan der Stadt, Unternehmungen

mit Gesamteinnahmen von	
(Ertrag)	S 7 956 000,--
und Gesamtausgaben von	
(Aufwand)	S 7 956 000,--
Gewinn	-,--
Verlust	

4. der Voranschlag der Kranken-

fürsorgeanstalt der Stadt Steyr	
mit Gesamteinnahmen von	S 436 000,--
und Gesamtausgaben von	" 436 000,--
Überschuß	-,--
Abgang	

II. Die Vorhaben, die einer besonderen Anordnungsbeschränkung unterliegen (bA) können nur in dem Maße durchgeführt werden, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt (Personalaufwand, allgem. Amtserfordernisse, Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten); ferner der Sachaufwand des Städt. Wirtschaftshofes in dessen Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise der Sachaufwand des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

III. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaße wie im Jahre 1960 erhoben. Die Hebesätze betragen

1. für die Grundsteuer

a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
--	-----------

b) Grundsteuer B für andere Grundstücke bei Berücksichtigung des Mindestbetrages der Steuer gem. § 31 G. St. G.	420 v. H.
---	-----------

2. für die Gewerbesteuer

a) nach dem Gewerbeertrag und	
-------------------------------	--

Gewerbekapital

180 v. H.

b) Lohnsummensteuer

1 000 v. H.

IV. Die Sonderhaushaltspläne über Stiftungen und V. der Dienstpostenplan werden genehmigt.

Ich bitte um Ihre Annahme.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Ich danke für Ihren Vortrag. Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand das Wort?

Herr Vizebürgermeister Paulmayr bitte:

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Paulmayr:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit gewohnter Präzision, die 15 Jahre geübt wurde, hat Kollege Schanovsky den Voranschlag für das nächste Jahr vorgetragen. Was soll man viel dazu sagen? In allen Fraktionen war Gelegenheit gegeben, darüber zu sprechen. Es ist auch jetzt noch die Möglichkeit, einzelne Einwände vorzubringen. Die Tatsache ist, daß nur ein bescheidener Teil der Voranschlagsmittel uns zur Verfügung steht und dem haben wir uns anzupassen.

Ich glaube nicht, daß in einer Zeit der Hochkonjunktur es sein soll, daß, wenn man schon keine Rücklagen macht, größere Schulden zustande kommen. Man kann ruhig sagen, daß dies bei uns nicht der Fall ist und daß eben gewisse Wünsche, so berechtigt sie auch sein mögen, auf Erfüllung warten müssen.

Zum Voranschlag selbst gebe ich namens meiner Fraktion die Zustimmung.

Ich hätte nur zu einem Punkt und zwar zur Gruppe 7 des Voranschlags etwas zu sagen. In dieser Gruppe ist unter anderem für Fremdenverkehrswerbung ein Betrag von S 35 000,-- vorgesehen. Bei dem bekannten Sparsinn unserer Tage, von dem man jetzt jede Stunde und Minute zu hören bekommt, möchte ich fast beantragen, diesen Betrag zu streichen. Er gehört nämlich dazu, daß man Werbeprospekte von Steyr herausgibt. Wenn wir Pech haben, könnte es sein, daß auf Grund dieser Werbung Fremde kommen. Die Situation ist nun die, daß in Steyr - dies ist ja wohl bekannt - auf diesem Gebiet es mehr als hinterwäldlerisch aussieht. Das größte Caféhaus am Stadtplatz ist verschwunden, das Hotel Steyrhof ist nicht mehr und das Hotel Nagl wurde von der Gemeinde aufgekauft, um wenigstens die Fremdenzimmer zu erhalten. Nun soll auch noch das Hotel Minichmayr verkauft werden. Einige Zeitungen haben geschrieben, daß es bereits verkauft ist. Dies ist nicht der Fall, aber ich glaube, in nicht allzu ferner Zeit wird der Verkauf durchgeführt werden. Wir kennen die Gründe dazu nicht, sie haben uns auch nicht zu interessieren, aber es könnte sein, wenn dieses Hotel tatsächlich zweckentfremdet wird, daß wir in die Lage kommen, wenn Fremde in Steyr auf Besuch sind, wir sie nicht unterbringen können. Wenn die Fremden uns im Sommer besuchen, so ist dies ein Glück, denn da setzen wir sie bei Nacht in den Dunkelhof oder vor das Bummerlhaus und lassen sie in stiller Andacht diese alten Gebäude be-

trachten bis es wieder hell wird. Im Winter wäre dies schon unangenehmer.

Ich richte daher an Herrn Bürgermeister die Frage, ob die Stadtverwaltung bereit wäre und ob sie überhaupt die Möglichkeit hätte, sich in diesem Falle irgendwie einzuschalten. Ich bin der Meinung, daß auf diesem Gebiet unbedingt etwas geschehen soll und muß.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Bitte eine weitere Wortmeldung liegt von Herrn Stadtrat Moser vor.

Stadtrat August Moser:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Wenn wir das vorliegende Budget kritisch betrachten und die Ausführungen unseres Herrn Finanzreferenten gehört haben, der sehr eindringlich von der Einengung unseres Budgets gesprochen hat, der sehr deutlich gesagt hat, daß der Abgang von einer Million ein echter ist und dabei doch die Hoffnung ausspricht, daß man gewissermaßen durch Sparsamkeit und kluges Wirtschaften diesen Abgang irgendwie wird ausgleichen können, so kann man wohl sagen, daß diese Worte von einem großen Verantwortungsgefühl getragen sind und zugleich von Optimismus. Als Gemeinderäte müssen wir uns aber die Frage stellen, ob diese Einengung der Gemeindefinanzen, die ja nicht von der Gemeinde selbst abhängig ist, notwendig ist oder nicht. Wir müssen diese Frage, gerade wenn wir das, was Herr Vizebürgermeister erst gerade nur mit einem Wort erwähnte, in Betracht ziehen, daß wir noch in der Zeit der Konjunktur leben, eigentlich mit nein beantworten. Wir können und dürfen nicht übersehen, daß wir in der Zeit der Konjunktur leben, die seit Jahren anhält und gerade in dieser Zeit wird uns ein Budget vorgelegt, das sehr eingeengt ist und das uns viele Projekte, die notwendig und wünschenswert wären, nicht durchführen läßt. Zugleich aber müssen wir sehen, daß diese Zeit der Konjunktur laut Bilanzen den Großunternehmungen und Großhändlern Riesenprofite gebracht hat. Während in diesen Jahren der Hochkonjunktur die Aktien durchschnittlich um 360 % gestiegen sind, wurde das Realeinkommen der Arbeiter trotz gesteigerter Leistungen nur um 16 % größer. Es muß selbst politisch Blinden zum Bewußtsein kommen wie ungerecht die Verteilung der Früchte ihrer Arbeit und der Konjunktur in diesem Wohlfahrtsstaat vor sich geht. Eine Verteilung die nach dem Prinzip vorgeht, das schon vor Jahren der deutsche Dichter Heine mit den Worten gekennzeichnet hat: "Hast Du viel, so wirst Du bald noch viel mehr dazubekommen, wenn Du aber gar nichts hast, nun dann lasse Dich begraben, denn ein Recht zum Leben haben nur die, die etwas haben!" So sehen wir heute faktisch aus, so sehen auch die Gemeinden aus, denen durch diese Regierungs- und Bundespolitik die Kehle zugeschnürt wird. Das Bundesbudget 1961 verschärft diese schreiende Ungerechtigkeit noch bedeutend. Mit Berufung auf die Rentenreform hat man die Volkszigaretten verteuert, erhöht man die Tarife bei der Eisenbahn und bei den Postautobussen, schraubt den Benzinpreis hinauf und erhöht die Sozialversiche-

rungsbeiträge, wodurch den arbeitenden Massen eine Belastung von rund 1 500 Millionen Schilling für das kommende Jahr aufgebürdet wird, obwohl die Rentenreform im Jahre 1961 nur 600 Mill. Schilling kostet. Während die Erhöhung der Preise und Tarife für die Arbeiter, Angestellten usw. eine Mehrbelastung von 1 500 Millionen ausmacht, die der Bund einstreift, macht die Mehrbelastung der Reichen, die der Bund zu dieser Rentenreform heranzieht, nur 180 Millionen Schilling aus. Das nennt man wohl Steuergerechtigkeit in diesem Wohlfahrtsstaat. Die ungleiche Steuerbelastung zum Nachteil der arbeitenden Massen ist wohl der Tüchtigkeit der ÖVP zuzuschreiben, die es verstanden hat, die Interessen des Kapitals ausgezeichnet zu vertreten, die es durchgesetzt hat, daß die Körperschafts- und Vermögenssteuer der Reichen nicht nur nicht erhöht wird, sondern sich im Gegenteil noch ermässigen wird. Die Körperschaftssteuer der Großbetriebe soll 1961 sogar um 200 Mill. Schilling gegenüber 1960 verringert werden. Auch bei der Vermögenssteuer werden 1961 um 150 Mill. Schilling weniger eingehoben als 1960. Dafür ist die Lohnsteuer um 200 Mill. Schilling höher angesetzt. Das sind keine von den Kommunisten eingesetzten Zahlen, sondern das sind die Gesamtsummen, die Finanzminister Heiligensetzer, der wie man sieht, sich bemüht, in die Fußstapfen Kamitz zu treten, angegeben hat, um wie er sagt, die erste Stufe der Rentenreform durchführen zu können. Was dabei für uns als Arbeitervertreter unverständlich ist, ist die Nachgiebigkeit der sozialistischen Vertreter im Koalitionsausschuß, dieser nebenbei bemerkt vollkommen ungesetzlichen Institution, die Nachgiebigkeit der sozialistischen Minister und Abgeordneten, die einer so ungleichen Verteilung der Lasten auf Kosten der arbeitenden Menschen zugestimmt haben. Hier fehlt wohl im österreichischen Parlament eine wirkliche Arbeitervertretung. Neben den Arbeitern und Angestellten sind auch diesmal wieder die Gemeinden die Opfer dieser Koalitionspolitik. Wir können nicht einsparen was man uns nimmt. Nicht genug damit, daß den Gemeinden durch das Finanzausgleichsgesetz, das von 1959 bis 1963 gelten soll, 40 % der Gewerbesteuer zum Teil für die Ausgleichsbeträge der Renten nach dem ASVG und GSPVG weggenommen werden sollen, müssen die Gemeinden ab 1. Jänner 1961 auch noch zusätzlich hundert Millionen Schilling dem Bund an Mehrkosten für die Ausgleichszulagen ersetzen. Sogar die Landesfinanzreferenten haben.....

Zwischenruf von Stadtrat Enge:
Da bist Du aber nicht am letzten Stand!

Stadtrat August Moser:

Vielleicht habt Ihr Euch gestern noch eines beseren besonnen. Es wird uns freuen, wenn Du uns als Nationalrat nachträglich und gerade in dieser Beziehung eine Berichtigung bringen kannst. Wir werden das alle mit Freude zur Kenntnis nehmen. Sogar die Landesfinanzreferenten haben in ihrer Sitzung am 2. November und vielleicht hat dieser Protest gewirkt, die neuerliche Belastung abgelehnt. Dieser Stellungnahme hat sich auch der österreichische Städte- und Gemeindebund

angeschlossen und darauf verwiesen, daß sich hiedurch nicht nur die Finanzlage der Gemeinden wesentlich verschlechtert, sondern auch die im Vertrauen auf den mehrjährigen Finanzausgleich von den Gemeinden vorgenommenen Planungen zunichte gemacht würden. Der Versuch, die Ausgleichszulage auf die Gemeinden zu überwälzen, widerspricht den gesetzlichen Regelungen des Finanzausgleiches. Bei der Neuregelung des Finanzausgleiches im Jahre 1959 hat der Bund die Verpflichtung übernommen, bis zum Jahre 1963 die Ausgleichszulagen zur Gänze aus eigenem zu tragen und hat sich dafür Teile von Gemeindesteuern ausbedungen, vorallem der Gewerbesteuer. Wenn jetzt versucht wird, die Kosten für die Ausgleichszulagen auf die Gemeinden abzuschieben, so ist das ein eklatanter Bruch der Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wenn überhaupt der Finanzausgleich zur Diskussion gestellt wird, so muß man feststellen, daß nicht die Gemeinden in der Schuld des Finanzministers stehen, sondern daß der Finanzminister den Gemeinden schuldet. Der neue Finanzausgleich hat nämlich das Notopfer, das sogenannte Bundespräzipium nicht abgeschafft, sondern nur formell beseitigt. Die Lasten aus dem Notopfer müssen die Gemeinden in Form einer Teillabgabe der Gewerbesteuer weiter tragen.

Diese kostet den österreichischen Gemeinden rund 400 Mill. Schilling. Wenn also jemand Forderungen zu stellen hat, dann nicht der Finanzminister, sondern die Gemeinden. Dazu kommt noch, daß auf Grund der Einschränkung der Wohnbaukredite von 100 Millionen Schilling, die Gemeinden auch auf diesem Gebiet zum Handkuß kommen und in ihrer Wohnbautätigkeit weiterhin eingeengt werden, wobei ich in Erinnerung bringen möchte, daß nach den letzten Nationalratswahlen beide Regierungsparteien versprochen haben, die Wohnbautätigkeit zu erhöhen, daß sie von dem damaligen Stand von 40 000 Wohnungen auf 50 000 erhöht werden sollte, tatsächlich sind aber nur 35 000 Wohnungen gebaut worden. Auf Grund der Verringerung dieser Budgetmittel wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch trauriger aussehen. Wir sehen also was von Versprechungen der Regierungsparteien zu halten ist. Die Vertreter beider Regierungsparteien reden gerne und viel von Demokratie. Wo bleibt da die Demokratie gegenüber den Gemeinden? Sie schreiben vor, diktieren und beschließen ohne die Gemeinden zu befragen, nehmen ihnen Mittel weg, die sie ihnen vorher durch Vereinbarungen zugesichert haben. Man fragt sich, sind das noch Abgeordnete des Volkes oder sind es solche des Finanzkapitals? Besonders enttäuschend für uns Arbeiter, ich muß es leider immer wieder betonen, ist die Haltung der sozialistischen Abgeordneten, von denen man erwartet - nicht von den ÖVP-Abgeordneten, von denen wir wissen, daß sie die Vertreter des Kapitals sind - daß sie mehr die Interessen auch der Gemeinden wahrnehmen. Es wird ja ganz interessant sein und ich nehme an, daß uns Kollege Stadtrat Enge als Nationalrat heute sagen wird, was er beispielsweise zu diesen Gesetzen im Parlament zu sagen gehabt hat. Wir glauben, daß zu solchen Situationen gerade Vertreter der Gemeinden im Parlament ihre Stimme zu Gunsten der Gemeinden erheben müßten. Was nützen bei so einer Raubpolitik des Bundes die besten Bemühungen der Gemeinderäte

ersprießliches zu leisten? Die Gemeinden müssen bald nur mehr für den Bund arbeiten.

Sehen wir uns unser Budget für 1961 an. Die üblichen 2 Mill. für die Bundespolizei, wobei ich wieder die Frage stelle, was zahlen die Landgemeinden für die Gendarmerie? Ist es nicht tragisch, daß wir mehr als die Hälfte dessen, was wir als Abgabenanteil vom Bund erhalten, wieder dem Lande als Umlage abtreten müssen. Hier hat die SPÖ als Vorposten der Industriegemeinden in der Koalition versagt. 200 Schilling pro Kopf zahlen wir Steyrer in einem Jahr an die Landeskasse. S 60, -- pro Kopf leisten wir an den Bund und S 40, -- pro Kopf für das Defizit der Krankenanstalten. Das ist eine nicht unwesentliche Belastung der Steyrer Bevölkerung durch Abgaben, die nicht der Gemeindebevölkerung zugute kommen. Fast 1/3 unserer Steuereinnahmen wird uns abgeschöpft, ganz abgesehen davon, daß uns von der Gewerbesteuer nur mehr 3/5 zukommen, obwohl die Gewerbesteuer als eine reine Gemeindesteuer gedacht war und beschlossen wurde. Der Fleiß unserer werktätigen Bevölkerung wird mittels Finanzausgleich und verschiedenen Landesgesetzen mit Zustimmung beider Regierungsparteien in Bund und Land, unverschämt mißbraucht und die Bevölkerung gerupft. Man nimmt durch Bundes- und Landesgesetze das was den Gemeinden zustünde, engt so ihre Tätigkeit ein und hindert sie gegenüber der Bevölkerung ihre Tätigkeit zu erfüllen. Vielleicht wird der Eine oder Andere sagen, der Bund braucht eben auch Mittel, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Dazu sagen wir als Kommunisten, daß wir nicht bereit sind, die finanzielle Notlage der Gemeinden, die zum Wirtschaftswunder, zur Hochkonjunktur und zum Wohlfahrtsstaat im großen Widerspruch steht, als unabwendbares Schicksal hinzunehmen und damit vielleicht zu begründen, daß deshalb viele berechnigte Forderungen und Anliegen der Bevölkerung nicht erfüllt werden können. Wir wollen aufzeigen, welche Maßnahmen getroffen werden müßten und gemacht werden könnten, um die Gemeinden aus der Finanznot, in der sie sich befinden herauszuführen.

Wir stellen folgende Forderungen an den Bund und die Regierung:

In den letzten Jahren ist das Nationaleinkommen beträchtlich gestiegen. 1959 allein um 800 Milliarden Schilling. Im Verhältnis sind noch stärker die Profite gestiegen. Laut einer UNO-Statistik aus dem Jahre 1957 betrug aber der Anteil an Körperschaftssteuer der großen Aktiengesellschaften in Österreich nur 6,5 %, in Westdeutschland dagegen 9,2 %, in Norwegen 10 %, in Schweden 12 % und in England gar 14 %. In Österreich aber sank der Anteil an Körperschaftssteuer an den Gesamteinnahmen des Staates im Jahre 1959 auf 5,7 %. Für 1961 beträgt er bereits weniger als 5 %, also jene Steuerquellen, die wirklich ergiebig wären, werden von der österreichischen Regierung nicht erschlossen. Würde man die Erhöhung der Körperschaftssteuer bloß auf den Stand von Westdeutschland, der in der UNO-Statistik als einer der niedrigsten mit Ausnahme von Österreich dargestellt wird, bringen, so wäre das eine Mehreinnahme von 2 Milliarden Schilling. Die Steuerschulden der Unternehmer betragen 2,4 Milliarden Schilling, davon könnten hunderte Millionen sofort eingebracht werden, wenn eine rigoro-

rose Steuereintreibung vorgenommen werden würde. Jährlich entgehen dem Staat viele Milliarden Schilling durch die Vergütung für Exporte, die an Unternehmer bezahlt werden. Würden nur die berechtigten Fälle berücksichtigt werden, könnten einige Milliarden Mehreinnahmen erzielt werden. Ich möchte zur Unterstreichung dieser Forderung hier gewissermaßen einen sozialistischen Abgeordneten als Zeugen anführen, der anlässlich der Budgetberatung im Finanzausschuß hiezu folgendes gesagt hat:

4 - 5 Milliarden Schilling jährlich entgehen dem Staat durch die sogenannte Bewertungsfreiheit der Unternehmer und der Umsatzsteuerrückvergütung der Exporteure. Die sensationelle Mitteilung machte der SPÖ-Abgeordnete Dipl. Ing. Dr. Oskar Weiss gestern im Finanzausschuß des Nationalrates. Er bestätigt damit vollinhaltlich die von uns seit längerem und auch jetzt wieder aufgestellten Feststellungen, wonach schon ein geringer Teil der den Kapitalgesellschaften gewährten Begünstigungen und Zuwendungen genügen würde, um die Kosten der Rentenreform und andere wichtige Sozialabgaben voll und ganz zu decken, ohne daß es notwendig wäre, der arbeitenden Bevölkerung zusätzlich Lasten aufzubürden. Er rechnete dann vor, daß die vorzeitigen Abschreibungen dem Staat bei der Einnahme der Körperschafts- und Gewerbesteuer einen Ausfall von 3 Milliarden erbringen.

Es ist interessant, daß die Herren genau wissen, wo das Geld zu holen wäre, daß sie genau wissen wie der Staat durch solche Nachlässigkeit geschädigt wird, wie viele Milliarden ihm dadurch entgehen. Aber unbekümmert dessen, daß sie es wissen und selbst aufzeigen, beschließen sie Massensteuern, lasten dem Volk den größten Teil der aufzubringenden Mittel auf und trotz ihrer Erkenntnis stimmen sie für die Belastung der Massen anstatt für die Besteuerung des Kapitals. Desweiteren möchte ich sagen, daß unsere Forderung auch die Halbierung der Militärausgaben beinhaltet.

Man kann sprechen mit wem man will, gleichgültig welcher Fraktions- oder Parteiangehöriger der Betreffende ist, so wird im allgemeinen gelächelt und werden Witze darüber gemacht, wenn man über die hohen Ausgaben unseres Militärbudgets spricht. - Über 2 Milliarden? - Heute haben wir wieder gelesen und gehört, daß 50 Flieger nach Schweden geschickt werden sollen um dort bei der Übernahme der Flugzeuge, die die Schweden ausrangieren, die aber für uns noch gut genug sein sollen, eingeschult zu werden. Täglich lesen wir, daß so und soviel Panzer angekauft wurden, wobei jedem klar ist, daß das überholte Panzerwagen sind, die auch wir in einigen Jahren an den Schrotthaufen abgeliefert werden können. Das sind beim Fenster hinausgeworfene Milliarden, die ruhig dem Volkswohl zugewendet werden könnten. Deshalb unsere Forderung, Halbierung der Militärausgaben, also Einsparung von mindestens 1 Milliarde Schilling. Die neutrale Lage Österreichs ist der beste Garant für seine äußere Sicherheit, sodaß die Kürzung des Heeresetats ohne Gefahren möglich ist.

Erstellung eines gerechten Finanzausgleiches! Vollen Anteil an der Gewerbesteuer, stärkere Beteiligung an den Ertragsanteilen vorallem Teilung des Zuschlages zur Umsatzsteuer mit den Gemeinden und Erhöhung des Anteiles an der Mineralöl- und

Kraftfahrzeugsteuer!

Wenn die Erfüllung dieser Forderung möglich sein soll, dann müßten natürlich die Gemeinden geschlossen vorgehen und ihre Organisationen wie Städte- und Gemeindebund müßten sich diese Forderungen zu eigen machen und sie mit aller Energie gegenüber der Regierung durchzusetzen versuchen.

Wir hören sowohl in der Gemeinde zwangsläufig, wir hören aber fast täglich, jetzt zumindest jede Woche, von unseren Regierungsleuten den Appell zum Sparen. Es ist interessant, ich habe mir in den letzten Wochen einige Male sowohl die Reden des Vizekanzlers als auch die des Bundeskanzlers angehört. Sie machen sich gegenseitig Vorwürfe, daß in den letzten Jahren zu viel Ausgaben gemacht wurden, besonders für Auslandsreisen, die ja auch schon zum Gespött in der Bevölkerung geworden sind, die gesagt hat, die Herren machen es scheinbar so, weil sie selber nicht in der Lage sind, irgendwelche fernen Länder kennen zu lernen, machen sie das auf Staatskosten. Diese Delegationen werden ja nicht so bescheiden dotiert, wie wenn irgendein Betriebs- oder Gemeinderat wohin delegiert wird, sondern sie kosten größere Summen. Außerdem wird dabei immer ein großer Stab mitgenommen. - Jetzt aber machen sich die Herren, wahrscheinlich auf Grund der Öffentlichkeit, gegenseitig Vorwürfe, daß hier zu viel Geld hinausgeworfen wurde, wobei der andere wieder sagt, ja bitte, alle Beschlüsse sind doch einstimmig gefaßt worden. Es ist hier keiner der beiden Sünder loszusprechen.

Auf den Appell des Bundeskanzlers, zu sparen, müssen wir antworten, wenn das Geld von dort hereingeholt würde, wo es sich befindet, könnte der Bund anstatt die Gemeinden laufend zu belasten, sie großzügig entlasten. Eine solche entscheidende Hilfe wäre die Übernahme der gesamten Kosten für das Schul- und Gesundheitswesen, also den staatlichen Gesundheitsdienst einzuführen. Diese Aufgaben sind von unseren sozialistischen Nachbarstaaten schon längst erfüllt worden.

Weil ich gerade den Appell des Bundeskanzlers zum Sparen erwähnt habe, möchte ich gleich zu dem vor uns liegenden Budget sagen, daß wir natürlich sparen müssen und auch dort und da bei den einzelnen Posten sparen können. Ich erinnere aber daran, daß unsere Gemeinde in den letzten Wochen und zwar gestützt auf ein Gesetz von der Religionsfondstreuhandstelle - ich glaube so heißt diese vornehme Gesellschaft - um einige Millionen Schilling (über 4 Mill. bekanntlich) geschröpft wurde. Dieses Gesetz, auf das sich die Religionsfondstreuhandstelle beruft, besagt aber nicht, daß diese Religionsfondstreuhandgesellschaft unbedingt die Aufwertung dieses Grundes auf den höchsten Stand fordern muß, es besagt auch nicht, daß diese Gesellschaft, die eine kirchliche Vertretung ist, nicht die Möglichkeit hätte, überhaupt darauf zu verzichten, oder sich zumindest mit einem bescheidenen Anteil an dem ihr nun zufallenden Grund begnügen könnte. Nun wir wissen ja aus der Erfahrung heraus, daß die Kirche, dort wo es ums Geld geht, weder Humanität kennt, noch christlich oder sozial handelt und deshalb mußte die Gemeinde, nachdem die Zwangslage gegeben war, sozusagen in den sauren Apfel beißen und diese Millionen bezahlen.

Ich möchte dazu sagen, daß uns die Kirche nicht sparen hilft. So wollen wir an der Kirche sparen! Es

muß mit aller Klarheit gesagt werden, was der Religionsfonds fordert und einsteckt, bekommt die Kirche, auch wenn bestimmte Zeitungen es anders drehen und deuten wollen. Diese Kirche verfügt laufend über große Einnahmen. Sie bekommt bekanntlich jährlich 100 Millionen Schilling vom Staat, sie hebt von ihren Mitgliedern die Kirchensteuer ein, sie hat Besitzungen in ihren Diözesen, sie hat Propsteien, Klöster und Orden und zählt zu den weitaus größten Grundbesitzern Österreichs. Sie verfügt damit über ein riesiges Vermögen, das außerdem vom Gebührenäquivalent, eine Steuer, die eingeführt wird, befreit sein soll. Wer über solche Einkünfte und Vermögen verfügt, der kann und soll sich seine Kunstschatze selbst erhalten. Wenn jemand bezweifelt, daß die Kirche nicht über die notwendigen Mittel verfügt, dann möchte ich als Kronzeugen gewissermaßen den Bischof von Linz, Dr. Zauner selbst anführen.

Dieser sagt in seinem Rechenschaftsbericht Ende November folgendes:

Die Einnahmen der Katholischen Kirche im Bereiche der Diözese Linz im Jahre 1959 aus den gesetzlichen Kirchenbeiträgen betrugen die schöne Summe von 49 Mill. Schilling. In dieser Summe sind jedoch noch nicht jene Beträge enthalten, die die Kirche gegenwärtig durch ihre Rechtsanwälte von säumigen Kirchensteuerzahlern einklagen läßt. Außer diesen 49 Millionen haben die Bargeldeinnahmen aus den öffentlichen Tagessammlungen, das sind wohl die Klingelbeutel Sammlungen wie das Volk sagt, einen Betrag in der Höhe von 30 Mill. Schilling ergeben. Schließlich erhält die Katholische Kirche in Oberösterreich jährlich den Betrag von 13 Mill. Schilling, der aus dem Einhundertmillionen-Schilling-Fonds stammt, der dem österreichischen Klerus von den Abgeordneten beider Regierungsparteien und auch der FPÖ bewilligt worden ist. Diese 100 Millionen stammen bekanntlich aus Steuergeldern des Volkes. Das also ist der Rechenschaftsbericht des Bischofs, der uns diese Ziffern sagt. Ausgaben führt er keine an, zumindest hat er sie hier nicht vorgelegt - jedenfalls wird keiner sagen können, daß die Kirche bei diesen Einnahmen über jene Ausgabennotwendigkeit zu entscheiden hätte, wie dies beispielsweise bei den Gemeinden der Fall ist, die für Wohnbau sorgen müssen, die große soziale Aufgaben zu erledigen haben usw. Was wir meiner Auffassung nach als Gemeindevertreter konsequent machen müßten, ist, daß wir in Zukunft keine Subventionen mehr der Kirche geben.

Ich stelle daher auch den Antrag, daß in Zukunft alle Subventionen für rein kirchliche Zwecke eingestellt werden.

Zwischenruf von Gemeinderat Hochmayr:

Sind eh keine?

Stadtrat August Moser:

Wir haben erst vor kurzem wie Ihnen bekannt ist, Herr Kollege Hochmayr, 80 000 Schilling.....

Zwischenruf Gemeinderat Hochmayr:
Für die Kunst?

Stadtrat August Moser:

Kunst? - Ich habe vorher gesagt, bei dem Vermögen, über das die Kirche verfügt, kann sie sich ihre Kunstgegenstände selbst erhalten. Es wäre gerade so, wenn ein Rotschild zu Ihnen kommen würde und sagen, Herr Hochmayr geben Sie mir einen Beitrag, damit ich meine Kunstschatze erhalten kann.

Zwischenruf Gemeinderat Holzinger:
Die gehören ja nicht der Kirche allein.

Stadtrat August Moser:

Sie gehören nicht mir, sie sind im Besitze der Kirche. Stellen wir das fest, mir gehören sie nicht und Euch gehören sie auch nicht, der Kirche gehören sie!

Zwischenruf Gemeinderat Ebmer:
Uns allen gehören sie.

Stadtrat August Moser:

Nein! - Außerdem sind nicht alle Angehörige der Kirche!

Das ist unsere Auffassung, sie können anderer Auffassung sein. Aber wir zeigen auf, daß absolut keine Notwendigkeit besteht, in Zukunft Gemeindemittel solchen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Wenn wir sparen, dann sollen wir dort sparen, wo wir niemandem wehtun. Wir wollen also in diesem Sinne dem Appell des Bundeskanzlers zum Sparen Rechnung tragen und hoffen, daß wir sein Verständnis finden werden.

Wo könnten wir noch sparen? Nun, wenn wir das Budget so durchschauen, - Herr Vizebürgermeister hat einen Vorschlag gebracht, der zwar etwas ironisch klingt, weil ja in Steyr der Fremdenverkehr sowieso am Bauch liegt. - Er befürchtet, es könnten auf Grund dieser Inserate doch einmal Fremde nach Steyr kommen und uns in die Verlegenheit bringen, daß wir nicht wissen, wo wir sie unterbringen sollen.

Bitte, ich möchte noch eine andere Post anführen, wo wir zwar kein Riesenvermögen einsparen, aber der Herr Finanzreferent hat selbst schon angeführt, wenn wir vom Sparen reden, dann werden wir nicht Riesensummen bei irgendwelchen Verwaltungsposten ersparen können, sondern ist es notwendig in der Bautätigkeit etc. zu sparen, wo wirklich etwas hereingebracht werden kann.

Ich möchte aber auch noch einen anderen Posten anführen, das sind die Repräsentationskosten. Ich weiß, Steyr ist als gastfreundlich bekannt und soll sich, wenn Fremde kommen, das heißt der Stadt einen Besuch machen, auch nicht lumpen lassen. Aber ich habe da gesehen, daß die Rechnung von 1959 schon 86 000 Schilling ausmacht. Ist es notwendig, die Summe bei diesen Kosten so hoch zu gestalten? Ich glaube, hier ließen sich einige zehntausend Schilling ersparen, ohne daß man kleinlich sein muß bei der Bewirtung von Gästen. Einige zehntausend Schilling sind für die Gemeinde sicherlich nicht viel, aber wenn wir dabei in Vergleich ziehen, daß es beispielsweise noch immer Gemeindebefürsorge gibt, die mit 350 bis 400 S im

Monat leben müssen, dann sind einige zehntausend Schilling die wir ersparen und für diese Zwecke verwenden können immerhin eine Summe.

Ich komme nun zur Gruppe Polizei.

Wie die Gruppe Polizei erwähnt wurde, sah ich das Lächeln einiger Gemeinderäte, die wissen, daß diese Post zu unserer Kritik gehört. Wir werden unsere Kritik wie ich im vergangenen Jahr schon gesagt habe, so lange und so oft wiederholen, bis diese Gemeindeausgabe verschwunden sein wird. Diese Zeit wird kommen, davon sind wir überzeugt. In diesem Punkt hat sich nichts an unserer Stellung geändert. Die Polizei ist eine Bundespolizei und der Bund hat für seine Beamten und Angestellten aufzukommen so wie die Gemeinde für ihre Angestellten. Das hat mit dem Verhältnis der Bevölkerung zur Polizei nichts zu tun. Wir freuen uns darüber, daß dieses Verhältnis bis jetzt ein gutes zu nennen ist. Wir wollen nur hoffen, daß die Polizei nicht von der Regierung mißbraucht wird, wie es anlässlich der Monarchistenfeier in Wien geschehen ist. Österreich ist eine Republik. Die Bundespolizei ist auf die republikanische Verfassung vereidigt, ebenso die Regierungsmitglieder. Wir finden es als einen Mißbrauch der Regierungsgewalt, der Polizei den Befehl zu geben, die Monarchisten zu schützen und die Republikaner, die zur Verfassung stehen, mit dem Gummiknütel traktieren zu lassen. Otto Habsburg soll bleiben wo er will. Die Habsburger haben Krieg und Elend genug über Österreich gebracht. Wir wissen uns eins mit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Österreichs, wenn wir sagen, keinen Fußbreit Boden und keinen Groschen für Habsburg; wenn auch Regierungsmänner versuchen, Otto in Österreich populär zu machen, wenn wir auch das traurige Kapitel erleben, daß man in vielen Wochenschauen und zwar aus Propagandagründen Otto Habsburg sprechen läßt, wo er gewissermaßen begründet, daß sie Anspruch auf diesen, wie er sagt, Familienbesitz haben, der einen Wert von rund 800 Millionen darstellt. Es wird besser sein, wenn wir diese 800 Millionen für unsere Rentner ersparen. Es ist traurig, daß die Regierung solche reaktionären Versuche und Bestrebungen toleriert. Die gehen von den Habsburgern bis zu den Anhängern des dritten Reiches, die es immer noch gibt. Diese erheben ja immer frecher ihr Haupt, wie ja die sogenannte Schillerfeier gezeigt hat, die eine ausgesprochene Natzifeier und Provokation aller Demokraten und Republikaner war. Aber gerade diese Kräfte finden ja ihre Stütze in der FPÖ, deren Anhänger sich immer wehren, wenn sie als Nazis bezeichnet werden. Die Abgeordneten der FPÖ bekennen sich doch nur mit Vorbehalt zu Österreich.

Zwischenruf Gemeinderat Kúpferling:
Das gehört nicht zum Budget.

(Mehrere Zwischenrufe)

Stadtrat August Moser:

Das zeigte sich gerade in jüngster Zeit, als im Nationalrat Heeresminister Graf sagte, das österreichische Volk.....

Zwischenruf Gemeinderat Kúpferling:
Wir sind keine politische Versammlung?

Stadtrat August Moser:

..... in seiner überwiegenden Mehrheit bekennt sich vorbehaltlos zu Österreich.

Zwischenruf Gemeinderat Stahlschmidt:
Außer der KPÖ?

Gemeinderat August Moser:

Der Parlamentsbericht vermerkt an dieser Stelle Beifall bei den Regierungsparteien. Die FPÖ enthielt sich also dieses Beifalls und tat damit deutlich kund, daß sie sich zur 2. Republik Österreich ebenso wenig bekennt wie zur österreichischen Nation und ihrer Vorgängerin zur 1. Republik. Deshalb haben sie auch gegen die Neutralität Österreichs gestimmt und würden Österreich am liebsten wieder im Verband einer Großdeutschen Nation sehen.

Wenn hier ein Zwischenruf gemacht wird, das Recht steht natürlich jedem zu, ich selbst mache auch des öfteren Gebrauch davon, daß wir in keiner politischen Versammlung sind, dann bedaure ich die Kenntnis des betreffenden Gemeinderates, der Gemeinderat ist ja eine politische Versammlung.

Zwischenruf Gemeinderat Kúpferling:
Wir haben heute eine Budgetberatung.

Stadtrat August Moser:

Ja und das gehört zum Budget. Wenn Sie davon noch nicht Kenntnis haben sollten, ich habe es sehr deutlich ausgeführt, daß die Budgetierung in den Gemeinden leider in sehr weitgehendem Ausmaß von der Regierungspolitik, von der Bundespolitik, beeinflusst wird, daß wir also nicht eine in der Luft schwebende Körperschaft sind, sondern daß von der Regierungspolitik zum Großteil das Wohl und Wehe der Gemeinde abhängig ist. Es läßt sich keine Partei das Recht nehmen, in der Budgetdebatte, sei es im Parlament oder in den Gemeinden, über diese zusammenhängenden Dinge zu sprechen. Das ist eine Art demokratisches Recht, nur daß manche, gerade die Vertreter der FPÖ, mit Demokratie nicht viel Freude haben, gebe ich zu.

Zum Kapitel Schulwesen möchte ich sagen, daß die Gemeinde vielleicht die ehemalige Kematmüllerschule zu früh verkauft hat, da sich jetzt, wie wir wissen, auf der Ennsleite eine Schulraumnot bemerkbar macht. Wir werden wahrscheinlich auf der Ennsleite deswegen keine neue Schule bauen können, ich nehme es nicht an, im Voranschlag ist diesbezüglich auch nichts vorgesehen. Solche Engpässe hätten sich ev. durch Transporte mittels Schulautobussen usw. beseitigen lassen.

Ich möchte beim Kapitel Schule und Jugend noch folgendes sagen:

Wir haben in der letzten Zeit in Steyr einen üblen Ruf durch Verbrechen die in und in der Umgebung

von Steyr begangen wurden, bekommen. Leider von jugendlichen Elementen. Ich bin mir dessen bewußt, daß die Mehrheit der jungen Menschen auch in Steyr, vollwertige, anständige und brauchbare junge Menschen sind, das zeigt ja der Besuch von Kursen, Schulungen usw., wo sie bestrebt sind, sich heranzubilden. Wenn ich das aufgezeigt habe, so deshalb, um die Gemeinde, das heißt uns selbst alle, darauf aufmerksam zu machen, daß es notwendig ist, noch mehr wie bisher die Schmutz- und Schundliteratur zu bekämpfen und zu beseitigen, ebenso die schlechten Filme.

Hier glaube ich, müßte eine engere Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Stadtschulrat und den Elternvereinigungen vorhanden sein, denn wo immer man schaut, findet man sowohl bei den Schulkindern wie besonders bei der schulentwachsenen Jugend diese Schundliteratur und deshalb bin ich der Meinung, daß hier mehr Anstrengungen gemacht werden müssen als es bisher der Fall war. Denn ohne Zweifel sind Schundliteratur und Film vielfach Schuld an der Verirrung jugendlicher Menschen.

Zum Fürsorgewesen:

Wenn ich mir das Fürsorgeetat durchschaue so möchte ich gleich sagen, daß sich die Gemeinde mit Ausnahme des heutigen Beschlusses, sehr bemüht, hier sowie auch in anderen Punkten ihren Verpflichtungen nachzukommen. Trotzdem ist es ein drückendes Gefühl, wenn man bedenkt, daß Gemeindebefürsorgte immer noch mit 350 - 400 S ihr Auskommen finden müssen. Ich glaube, hier ist es erforderlich, daß die Gemeinde, wie schon früher einmal, sehr energisch bei der Landesregierung vorstellig wird, damit die Richtsätze dieser Befürsorgten auf das Niveau der ASVG-Renten, wo heute die Mindestrente S 680, -- darstellt, gehoben werden. Ich meine, das ist eine Notwendigkeit, weil es beschämend ist, daß wir in dieser Zeit der Konjunktur und des sogenannten höheren Lebensstandards noch so arme Teufel an Mitbürgern in unserer Umgebung wissen.

Zum Bau- und Wohnungswesen:

Erfreulich daran ist in unserem Voranschlag, daß trotz aller angeführten Einengungen und Beschränkungen, trotz aller Schwierigkeiten, der Wohnbau weitergeführt wird. Bedauerlich daran ist, daß es keinen sozialen Wohnbau mehr gibt und dadurch die Mieten eine dementsprechende Höhe erfahren, die für viele Arbeiter und Angestellte zu einer wirklich schweren Belastung werden. Die Gemeinde dürfte im Wohnbau keine gewinnbringende Kapitalanlage sehen. Sie müßte so wie bisher im weitgehendsten Ausmaß aus Eigenmitteln bauen und versuchen, Zuschüsse zu ganz niedrigen Zinssätzen vom Bund und Land zu bekommen und von einer Verzinsung des Baukapitals Abstand nehmen, um zumindest annähernd zu einem sozialen Wohnbau zu kommen. Denn jeder Mieter, dessen Müssen wir uns ja bewußt sein, zahlt ja außer seiner Miete ohnehin laufend seinen Beitrag zum Wohnbauförderungsfonds usw. Hier glaube ich, müßte alles getan werden, um Einsparungen zu machen und die Mieten so niedrig wie möglich zu halten.

Wir freuen uns, daß einige Forderungen, die wir seit Jahren gestellt haben, ihre Erfüllung finden. Das ist die Errichtung eines Kindergartens und die Errichtung eines Kinderhortes auf der Ennsleite, ebenso

die Erbauung eines Wartehäuschens in der Gablerstraße, wie man aus dem Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen ersieht.

Ich möchte aber dabei noch erwähnen und gerade, wenn man das in Zusammenhang bringt mit der mißbrauchten Freizeit vieler junger Menschen, so ergibt sich die Notwendigkeit, nochmals zu appellieren, daß es sehr notwendig ist, auch in der Fischhub - Styriasiedlung einen Kinderspielplatz zu errichten. Ich glaube, daß die hierbei entstehenden Kosten keine sehr bedeutenden sein würden. Die Schottergrube ist beinahe zur Gänze zugeschüttet. Ich bin der Meinung, dort wäre es möglich, einen geeigneten Spielplatz zu errichten. Herr Kollege Hochmayr wird mir sicherlich zustimmen und dieses Begehren unterstützen.

Wir haben auch gesehen, daß im Voranschlag ein schon oft und viel besprochenes Kapitel, zumindest mit einer Teilanzahlung sozusagen, in Angriff genommen werden soll, und zwar ist dies die Grenzstraße, die ja ohnehin, wenn nicht bald etwas gemacht wird, gesperrt werden muß, weil ja dort die Stücke immer mehr in den Kanal hereinrutschen. Es ist sehr erfreulich, daß diese Sache in Angriff genommen wird.

Beim Kapitel Bauwesen komme ich auch nicht darüber hinweg, über das Bauamt einige Worte zu sagen.

Wir haben bei den vergangenen Budgetdebatten wiederholt darauf hingewiesen, daß bei Bauten, die sich wiederholen, Ersparnisse zu erzielen wären. Wir wollen so ehrlich sein und, ohne irgendwie das Bauamt oder die Architekten herabzusetzen, uns einestehen, daß im großen und ganzen die Wohnbaukästen, die Wohnungen, die wir da errichten, im selben Stil erbaut werden. Auf Grund dieser Erfahrungen bei schon Jahre hindurch aufgeführten Bauten, müßte man doch wirklich bei einiger Planung und Berechnung wesentlich billiger bauen und Ersparnisse erzielen können. Wir haben darauf verwiesen, daß Baufachleute behaupten, nach höchstens zweimaliger Wiederholung ein und desselben Baues, den nächsten Bau um 17 % billiger herstellen zu können. Wir haben damals an das Bauamt appelliert, Vorschläge zur Verbesserung, zur Verbilligung des Bauens einzubringen. Mir ist nichts bekannt, daß bisher dem Bauausschuß oder dem Gemeinderat Verbesserungsvorschläge in dieser Richtung vom Bauamt unterbreitet worden wären.

Bitte es ist uns klar, daß eine kleine Stadt wie Steyr, nicht eine Teilefabrik errichten kann, wie das heute die großen Städte im Ausland machen. Jetzt kann man auch schon sagen im Inland, weil ja auch in Wien eine solche Fabrik errichtet wurde. Soviel ich gehört habe, würde aber der Transport großer Teilstücke nach Steyr zu teuer kommen. Ich könnte mir aber vorstellen, daß bei Wiederholung von Bauten, serienweise verbilligte Türen, Stiegenstufen usw. hergestellt werden könnten. Es müßte sich nur einer dieser Herren im Bauamt die Mühe geben, wirklich ernstlich darüber nachzudenken. Das ist leider bisher scheinbar nicht der Fall gewesen. Wir appellieren neuerdings an das Bauamt, sich für die Verbilligung solcher Bauten mehr wie bisher zu interessieren. Nebenbei bemerkt, möchte ich sagen, das dürfte Ihnen auch nicht fremd

sein, daß eine Reihe der Mieter dieser Wohnungen, nach längerem Bewohnen Klagen führen über mangelhafte Konstruktionen der Küchen, der Abzugsschläuche, der Klosettanlagen usw. Ich glaube, es wäre nützlich wenn, nachdem die Häuser einige Monate bewohnt sind, hier sich die Architekten und Baumeister einmal durch die Wohnungen bewegen und die Hausfrauen um ihre Meinungen und Erfahrungen befragen würden, damit diese Erfahrungen bei künftigen Bauten irgendwie angewendet werden könnten, und nicht immer wieder dieselben Fehler gemacht werden. Es mag jetzt ein Baufachmann der zuhört überlegen lächeln und sagen, na da spricht der Laie, sicher spricht der Laie, aber diese machen ihre Erfahrungen, sie müssen in diesen Wohnungen wohnen und deshalb sollten solche Vorschläge mehr berücksichtigt werden.

Vom Finanzreferenten ist erwähnt worden, daß wir jetzt auch einen gewissen Schuldenstand zu verzeichnen haben und mit hochverzinslichem Fremdkapital arbeiten müssen, das natürlich das Bauen und auch die Mieten verteuert. Außerdem geraten wir immer mehr in Schulden und haben jetzt zusammen mit der Wohnungsgesellschaft die ja auch ein Teil der Gemeinde ist, 16 Mill. hochverzinsliche Schulden zu tragen, die wir bei den Finanzinstituten als Anleihen aufgenommen haben. Es muß uns klar sein, mit 11 Mill. Überschuß vom ordentlichen Haushalt, können wir die Aufgaben, die die nächsten Jahre bringen werden, nicht erfüllen. Eine Industriestadt wie Steyr würde in allen öffentlichen Belangen restlos versagen und zurückbleiben. Wir können auch nicht immer 16 Mill. hochverzinsliche Schulden machen. Es bahnt sich hier eine Entwicklung an, geschaffen durch die Finanzpolitik beider Regierungsparteien in der Koalition, die auch bei anhaltender Konjunktur die Gemeinden in große Schwierigkeiten, ja selbst bei einer nur leichten Krise in eine Katastrophe führen kann. Es ist deshalb hoch an der Zeit, daß sich die Gemeinde gegen diese schädigende Bundespolitik zur Wehr setzt. Wir hielten es für notwendig, diese beängstigende Entwicklung aufzuzeigen, um sich in Zukunft nicht zur Befehlsempfängerin der Koalition herabwürdigen zu lassen, sondern weiterhin als freies demokratisches Gemeinwesen die Aufgaben gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen.

Das wäre unsere Stellungnahme zum Budget mit der Forderung an den Bund, der Gemeinde mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, mit der Kritik, soweit wir sparen können, dort zu sparen, wo wir niemand schädigen und zugleich, jene Mittel zu sichern, die es der Gemeinde ermöglichen, zumindest den Wohnbau aufrecht zu erhalten.

Ich möchte erklären, daß wir beiden Haushalten zustimmen, weil, wie heute schon erwähnt wurde, in all den Jahren durch ein gemeinsames Arbeiten, durch sachliche Zusammenarbeit, auch heuer, trotz der Engpässe der Mittel, wieder Wohnungsbauten und all jene Maßnahmen vorgesehen sind, die zum Wohle des Gemeinwesens gehören.

Unsere Zustimmung gilt natürlich nicht dem Etat der Polizei, weil wir dieses als eine Angelegenheit des Bundes betrachten.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Als nächster Diskussionsredner hat sich Herr Ge-

meinderat Hochmayr gemeldet.

Gemeinderat Josef Hochmayr:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nicht alle Punkte beantworten, die mein Vorredner, Herr Stadtrat Moser, angeschnitten hat. Ich muß aber eines und zwar die Pauschalverdächtigung der Kapitalisten zurückweisen. - Ich persönlich fühle mich ja wieder so halbwegs rehabilitiert, weil er mich mit Rotschild verglichen hat und doch auch wieder nicht, also wie soll ich sagen, mich rotschildgleich hergestellt hat.

Wenn auch die Zustimmung zum Budget bereits gegeben ist, so wissen Sie, daß unsere Fraktion doch noch einige Anliegen hat und wir glauben, das Budget ist ja von unserem Herrn Finanzreferenten immer sehr vorsichtig erstellt, daß das eine oder andere doch einer Regelung zugeführt werden kann. Die Schwerpunkte des Budgets liegen bei der Gruppe 4 Fürsorge und bei der Gruppe 7.

Gestatten Sie mir, zur Fürsorge einige Worte. Ich habe bei der Post von S 11 000, -- für Kriegsversehrten- und Hinterbliebenen-Unterstützung, sofort an die Subvention gedacht, die der KOV im Jahr von der Gemeinde erhält. Das ist eine Summe von S 5 000, --, die die beiden Ortsgruppen Steyr und Mönichholz teilen müssen. Meine sehr Verehrten, wenn es ja hoffentlich immer weniger Kriegsversehrte geben wird, so glaube ich, daß zur Unterstützung der Kriegsversehrten doch auch die Stadt Steyr im Wege der Ortsgruppen durch Subventionierung etwas mehr beitragen könnte. Ich glaube doch, ich möchte niemandem nahe treten, daß sich ein Kriegsversehrter zumindest mit einem Fußballer gleichstellt. Die Fußballvereine sind ein bißchen glücklicher daran, sie können nebenbei auch noch etwas verdienen und bekommen ebenfalls Subventionen, gegen die wir aber durchaus nichts haben. Ich glaube, daß hier schon eine Möglichkeit bestehen würde, in Zukunft eine kleine Aufstockung vorzunehmen.

Zur Fürsorge-Richtsatzerhöhung die Herr Stadtrat Moser bereits angeschnitten hat, möchte ich sagen, daß auch wir der Meinung sind, daß hier das Land wieder nach dem Rechten sehen müßte. Es sind wirklich die Ärmsten der Armen, die auf dieser Basis ihr Dasein fristen müssen.

Beiträge zur Jugendhilfe:

Meine sehr Verehrten!

Ich Budget 1961 ist ein Betrag von 1 643 000 Schilling als Aufwand für die städtischen Kindergärten ausgewiesen. Die Besucherzahl liegt, glaube ich, bei rund 600 Kinder. Ich darf hier erinnern, daß durch die privaten Kindergärten der Stadt Steyr, wenn man den Aufwand für einen städtischen Kindergarten mit 160 000 Schilling annimmt, ein Betrag von ca. S 600 000, -- erspart wird. Ich glaube, es wird auch hier im Laufe des Jahres möglich sein, die Zuwendung für die privaten Kindergärten etwas aufzustocken.

Spielplätze.

Herr Stadtrat Moser, ich muß es wieder erwähnen, hat sich bereits in dankenswerter Weise der Fischhub angenommen. Ich freue mich, daß er jährlich in so intensiver Weise meinen Antrag immer unterstützt.

Die Fischhub ist jetzt so weit, daß wenn die rest-

lichen Planierungsarbeiten abgeschlossen sind, ich glaube mich nicht zu täuschen, die Schottergrube voll ist. Es könnte in der Fischhub auch noch etwas anderes gemacht werden. Die Gemeinde hat Sorgen betreffend der Verkehrserziehung. Sind Sie mir nicht ungehalten, wenn ich hier etwas vorgreife.

Ich glaube, daß auf dem Plateau der zugeschütteten Schottergrube auch ein Verkehrskindergarten sehr gut am Platze wäre. Die Fischhub liegt ja fast mitten im Stadtgebiet zwischen Steyr und Münchenholz gesehen, die Schulen hätten ungefähr den gleichen Anmarschweg. Die Münchenholzer würden, die Plenkelschule ausgenommen, fast denselben Anmarschweg haben wie die Ennsleitenbewohner oder dergleichen. Ich glaube, das wäre eine Möglichkeit.

Wir freuen uns aber auch, daß die Kariesbekämpfung in den Schulen eingeführt wurde. Wir haben im Vorjahr diese Anregung gegeben und sie dient wirklich zur Gesunderhaltung.

Im weiteren Verlauf komme ich noch auf den Jugendschutz zu sprechen meine sehr Verehrten. Es ist wirklich erschreckend und es wird ja jedes Jahr darüber gesprochen. Auch Herr Kollege Prof. Neumann hat im Vorjahr besonders auf dieses Kapitel hingewiesen. Es ist notwendig, hier etwas zu tun. Meine sehr Verehrten, ist denn hier nicht eine Möglichkeit, die Kinos zu sperren, wenn sie unsere Jugend zu Verbrechen erziehen. Gehen wir nicht auf die Kinder los, sondern auf die Erwachsenen. Warum lassen die Eltern die Buben ins Kino gehen, wieso lassen sie ihnen die Schundhefte lesen. Meine sehr Verehrten, wir sind mitverantwortlich! Gehen wir hier doch mit gewerblichen Maßnahmen vor, es muß eine Möglichkeit geben. Es ist doch ein Witz, wenn Sie lesen, daß 2 Buben von Steyr nach Grünburg plündern fahren und hinterher behaupten die Großen "Es ist eh nix geladen gewesen". Na meine sehr Verehrten, so weit kommt es auch noch, daß die Sparkassenbeamten ausgelacht werden, weil sie die Hände in die Höhe geben, weil sie nicht wissen, daß die Buben aus Münchenholz nicht geladen haben. Eine traurige Bilanz ist das meine sehr Verehrten. Ich möchte bitten, hier mit aller Kraft gemeinsam vorzugehen, gegen derartige Schundfilme, Illustrierte und dergleichen.

Zu den Wohnbauten.

Sie wissen, wir sagen immer, familiengerecht bauen. Das ist natürlich sehr leicht gesprochen, aber etwas schwieriger durchzuführen, denn das Bauen kostet einmal Geld. Die familiengerechte Wohnung wird größer sein müssen und es wird ein Verdienster da sein müssen, daher wird es nicht Angelegenheit der Stadt Steyr sein, sondern Sache des Bundes, hier nach dem Rechten zu sehen, daß die Familienförderung dort einsetzt, wo sie der Familie auch tatsächlich hilft.

Im Zuge des Straßenbaues möchte ich folgendes sagen:

Der Fischhubweg zum Beispiel, meine sehr Verehrten, ich würde Sie wirklich einladen ihn anzusehen. Wenn Sie aber hinuntergehen, so borgen Sie sich zuerst Gummistiefel aus. Sie wissen, die Frauen kommen dort meistens schon ohne Schuh über den Berg oder umgekehrt. Beim Braunsberger können Sie ein Duschbad nehmen. Dort ist es nämlich etwas zu hoch angefüllt und man wirft jetzt den Schutt schon neben der Straße

hin, weil nicht gebaggert wird. 500 Leute wohnen da oben. Dazu kommt, daß die Steyrwerksarbeiter, die in Münchenholz wohnen, auch durch diesen Matsch warten müssen. Bitte, vielleicht können wir in absehbarer Zeit da Maßnahmen ergreifen, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister Josef Fellingner:
Das wird geschehen.

Gemeinderat Josef Hochmayr:
Zur Beleuchtung:

Wir wissen, daß das Beleuchtungsprogramm jährlich erweitert wird. Wir bekommen das Straßenerhaltungs- und Beleuchtungsprogramm ja immer zugeschickt. Wir wissen aber, daß in Münchenholz so manchem nicht heimfindet, nicht weil er nicht normal ist, sondern weil kein Licht ist. Wir wissen aber auch, daß dieser Übelstand nicht nur in Münchenholz, sondern auch in anderen Stadtteilen ist. Es ist ein schwacher Trost zu sagen, geht halt nicht!

Ein weiteres Übel ist die Stiege unweit der Blumhubervilla, von der Passanten behaupten, daß, wenn sie im Winter dort gehen, man gar nichts sieht, weil vom Eislaufplatz das helle Licht so heraufstrahlt und oben keine Beleuchtung ist. Hier ist wirklich die Gefahr des Sturzes gegeben. Vielleicht besteht auch hier die Möglichkeit, diesem Übelstand abzuweichen. Dies erfordert ja wirklich keinen eminenten Betrag, 2 Lampen würden dort meiner Meinung nach genügen und die Sicherheit wäre dadurch gewährleistet.

Ja die Stadtgärtnerei, meine sehr Verehrten! Ich muß immer lachen, wenn das Handwagerl mit der 4-Mann-Besatzung und einem Motormäher darauf, durch die Stadt fährt. Meine sehr Verehrten, wäre es denn nicht möglich, hier nach dem Rechten zu sehen und einen kleinen LKW anzuschaffen. Ich glaube, ein Privatgärtner würde sich das nicht leisten können, es würden da zu viele Arbeitsstunden aufgehen, wenn da vier Mann mit einem Handwagerl durch die Stadt gondeln müßten. Unsere Grünflächenbetreuung nimmt nun einmal zu, das müssen wir in Kauf nehmen. Es ist auch sehr erfreulich, daß das Palmenhaus und ein Gewächshaus geschaffen werden sollen. Wenn man da Steyr mit Linz vergleicht, meine sehr Verehrten, so tut einem das Herz weh; wenn man den botanischen Garten in Linz sieht und in Steyr von dieser Sorte gar nicht recht viel findet. Hoffen wir, daß wir auch hier das nachholen können.

Die Verkehrserziehung habe ich bereits angeschnitten, meine sehr Verehrten. Wir haben dafür einen Betrag von S 10 000 vorgesehen. Durch das Inkrafttreten des neuen Straßenverkehrsgesetzes, glaube ich jedoch, werden wir mit diesen 10 000 Schilling kaum das Auskommen finden. Alle Kraftfahrer und alle Fußgänger können wir doch nicht an Sonntagen heranziehen und Strafe zahlen lassen. Also bitte, daher müssen wir auch von der Stadtgemeinde hiezu etwas beisteuern.

Besonders freut es uns, daß unsere langjährigen Hinweise im Dienstpostenplan nun heuer doch ihren Niederschlag gefunden haben. Ich möchte dem Herrn Finanzreferenten hiefür danken. Sie wissen, es ist durch die Vermehrung der C-Posten nun doch ermöglicht wor-

den, einer Reihe von Bediensteten Aufstiegsmöglichkeiten zu geben.

Nun aber zu einem etwas heiklen Kapitel, meine sehr Verehrten!

Wir haben vom Zubau zum Altersheim gehört, der bestimmt dringend erforderlich ist. Wir möchten appellieren, daß man den Zubau so gestaltet, wie man bereits zur modernen Altersheimgestaltung übergegangen ist, das heißt, man soll auch Beschäftigungsräume für die Heimbewohner schaffen, damit diese nicht den ganzen Tag nur aufs Essen warten brauchen oder nur Zeitung lesen. Es sind ja immer dieselben Menschen und man soll ihnen auch die Möglichkeit geben, daß sie ein bißchen basteln können. Sie sollen nicht pfuschen und mit der Gewerbeordnung in Konflikt kommen, das nicht. Es sollte ihnen aber die Möglichkeit gegeben werden, daß sie sich auch im Altersheim noch etwas die Zeit vertreiben können.

Zwischenruf Stadtrat Besendorfer:
Das ist eine Bastelromanzo!

Gemeinderat Josef Hochmayr:

Wie bitte? ...Bastelräume...., moment dazu kommen wir noch, das ist das Wichtigste, Bastelräume brauchen wir noch mehr. Es ist gut, daß Herr Kollege, Stadtrat Besendorfer, das angeschnitten hat. Ich danke ihm recht herzlich für seine Worte. Ich komme darauf zurück.

Herr Stadtrat Besendorfer hat auf meine Anfrage, die ich am 25. November 1958 an den Herrn Bürgermeister hinsichtlich des Antrages des Herrn Landeshauptmannes gerichtet habe, mir folgendes gesagt: Ich möchte mich vertrösten. Wenn Sie es wörtlich hören wollen, so werde ich es Ihnen dann vorlesen. Ich weiß, daß die Stadtgemeinde Steyr in einer finanziellen Notlage ist, das trifft heute genau so zu, wie damals. Daß Dringlichkeitsfälle vorhanden sind, stimmt auch, dies ist zu unterstreichen. Er hat mir aber damals die gute Hoffnung gegeben, was heißt mir, ich allein wünsche das nicht, das wünschen 200 Heimbewohner, die dafür bittlich geworden sind und durch ihre Unterschriften, die hier hinterlegt sind, dies unter Beweis gestellt haben. Unsere Fraktion unterstützt eben diese Aktion, die von den Heimbewohnern ins Leben gerufen wurde.

Nun, Kollege Besendorfer hat mir damals gesagt: "Wenn eine Vergrößerung des bereits bestehenden Altersheimes in Aussicht genommen wird, es in diesem Rahmen auch möglich sein wird, die Wünsche des Herrn Kollegen Hochmayr einer näheren Diskussion zu unterziehen."

Diese offenen Worte haben mich damals sehr gefreut und noch dazu hat Herr Bürgermeister mich in meinem Glauben gestärkt, der gesagt hat, daß wir auch in einem Ausschuß das Anbot des Herrn Landeshauptmann behandeln werden und ich glaube, wenn man etwas geschenkt bekommt - na 10 Mill. fehlen uns - so baut man doch, wenn wir schon beim Bauen sind. Ich glaube nicht, zumindest ist mir nichts bekannt, daß der Herr Landeshauptmann sein Anbot zurückgezogen hätte. Ich möchte Sie schon bitten, es geschieht ja niemandem etwas, wenn dort oben eine Hauskapelle einge-

richtet wird. Die Hauskapelle kommt auch mit dem Konkordat nicht in Berührung. Es hat mit diesem Fall gar nichts zu tun. Es gibt nur und ich darf Ihnen vielleicht hier ganz ernst folgendes mitteilen: Der Dechant hat mir vorgestern gesagt, daß er am ersten Freitag im Dezember im Rahmen der oben celebrierten Messe 83 Kommunionen ausgeteilt hat. Meine Herrschaften, das ist eine Zahl, die bestätigt, daß es erforderlich ist, im Altersheim eine Kapelle zu errichten.

Sie wissen, wir haben bei den verschiedenen Aussprachen Anregungen gegeben. So haben wir unter anderem auch gesagt, daß die Errichtung einer Kapelle uns ev. gar nichts kosten würde. Wir haben ja dort eine Jugendherberge, die modernisiert gehört. Die Jugendherberge ist überholt. Lassen wir uns vom Land für eine Jugendherberge etwas schenken. Da können wir dann viel mehr verdienen. Sind wir auf diesem Gebiet doch auch Geschäftsleute! Nun ist ja das erfreuliche Projekt mit dem Lehrlings- und Schülerheim positiv ausgegangen. Die Stadtgemeinde Steyr hat hier im heurigen und nächsten Jahr 500 000 Schilling beigestellt. Auch das Land stellt Mittel bei. Vielleicht kann man in diesem Rahmen auch das Kapellenproblem lösen. Ich darf Ihnen hier die Erklärung abgeben, ich betone es wiederholt und ich habe dies auch schon des öfteren angeschnitten, daß niemand Angst zu haben braucht, daß, wenn oben eine Kapelle besteht, jeden Tag ein Priester hinter den Leuten steht. Soviele Priester haben sie gar nicht. Aber geben wir doch diesen alten Leuten eine Möglichkeit, daß jeder mit seinem Herrgott allein reden kann. Es kostet uns ja nichts, wenn sowieso das Land die Kosten trägt. Der Herr Landeshauptmann, ich glaube es war im Angebot an den Herrn Bürgermeister, sagte, stellt mir einen Grund zur Verfügung und ich baue euch die Kapelle hin. Würde die Jugendherberge hier zu einer Kapelle umgebaut werden, so wäre das gar keine Angelegenheit. Ich wage zu behaupten, daß wir sogar eine Inneneinrichtung bekommen würden und die Jungen glaube ich, wären bestimmt sehr froh, wenn sie, sind Sie mir nicht ungehalten, eine modernere Herberge, als die jetzige ist, bekommen würden.

Soweit meine Bitte zu diesem Problem. Es ist Weihnachten vor der Tür meine sehr Verehrten und ich darf Sie daran erinnern, daß es in Betlehem auch einmal das Wort gegeben hat "Es ist kein Platz in der Herberge". Wir haben Platz, wenn wir wollen! Wiederholen wir dieses Wort vom Platzmangel nicht 1960 Jahre später. Dies ist eine sehr ernste Angelegenheit meine sehr Verehrten, die aus der Überzeugung kommt, den Alten das zu geben, was sie brauchen. Unlängst hat in diesem Raume jemand gesagt, der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Der, der glaubt, vom Brot allein zu leben, der möge mit dem Brot allein glücklich werden. Das sage ich dazu. Es gibt aber Menschen, die mehr brauchen als Brot allein und ich wage es offen zu sagen, auch im Alter noch ihren Herrgott, und daher möchte ich Sie bitten, meine sehr Verehrten, wenn Sie Weihnachten feiern, so denken Sie auch an die Alten im Heim, die die Bitte an Sie gerichtet haben, Ihnen das zu geben, was im österreichischen Volk immer noch üblich ist. Ich betone nochmals, es kann die Kapelle selbstverständlich für 2 Konfessionen ohne irgendeinen Umbau benützt werden. Es werden keine zusätzlichen Ausgaben erforderlich sein, aber verges-

sen Sie nicht, daß wir uns als Junge einmal so auf das Christkind gefreut haben und unsere Eltern bemüht waren, uns wenn es möglich war, die Wünsche zu erfüllen. Denken wir daran, daß mancher von diesen jetzt alt ist und auch er ein Recht darauf hat, daß seine Wünsche in Erfüllung gehen.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Als nächsten Diskussionsredner bitte ich Herrn Stadtrat Enge.

Stadtrat Franz Enge:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Ich will nicht und ich glaube, daß auch Sie, meine Damen und Herren, es nicht wünschen, daß ich auf das Referat des Kollegen Moser eingehe. Es war zwar sehr herausfordernd an mich als Abgeordneten zum Nationalrat gerichtet, auf verschiedene Fragen der Steuergerechtigkeit einzugehen. Ich glaube, eines trennt uns nicht, das getraue ich mir ganz offen zu sagen, daß die Auseinandersetzungen über die Steuerbelastungen immer eine Auseinandersetzung der Parteien sein wird. Ich möchte nur eines feststellen und das stelle ich fast vergnügt fest, daß im Referat des Kollegen Moser die Abgeordneten beider Parteien - die anderen mögen sich selbst verteidigen - nicht sehr gut weggekommen sind. Ob das hierher gehört oder nicht, das will ich nicht diskutieren, das ist eine Ansichtssache. In - jetzt muß ich auch böse sein - Ermangelung eines anderen Forums, lieber Kollege Moser, hast Du dir eben dieses Forum gewählt, wo Dir jeder nach demokratischem Recht zuhört und auch Dir das demokratische Recht gegeben ist, darüber zu sprechen. Sicherlich hast Du in einem recht, es lassen sich alle Dinge mitsammen in Verbindung bringen, das heißt, daß die Politik, die in einem Staate also in der Regierung gemacht wird, ausstrahlt auf die Belange des ganzen Volkes, in jedes Gemeinwesen und auch in die Gemeinde hinein. Das ist sicherlich richtig, doch bin ich der Meinung, daß wir doch hier in der Gemeindestube sitzen und nicht im Landtag und nicht im Nationalrat, und die Probleme, die wir im engeren Wirkungskreise zu behandeln haben, besprechen. Da muß ich anerkennender Weise sagen, daß wir dabei alle mitsammen gut abschneiden. Die Kritik selbst an der Arbeit in der Gemeinde wo Sozialisten an der Führung sind, war, ich sage dies nicht triumphierend sondern nur feststellend, eine sehr positive. Wir alle haben Wünsche, die sich teils mit denen des Herrn Kollegen Moser und des Herrn Kollegen Hochmayr decken. Ich habe eindeutig gesagt teils, nicht in allen Belangen, das steht außer Frage.

Ich weiß nicht, ob ich damit ein Christkind verkünde, aber Genosse, ah entschuldige Kollege Moser, Du hast Dich eine zeitlang in Deinen Ausführungen - ich könnte ja überdies auch Genosse sagen, das wäre ja keine Beleidigung - damit befaßt, daß wiederum zur Bedeckung des Abganges im hohen Haushalt, die Gemeinden herangezogen werden. Wenn es neu ist, so kann ich berichten, daß dies nicht der Fall ist. Sicherlich, das steht außer Frage, war es ein Erfolg, daß sich die Gemeinden und auch die Landesfinanzreferen-

ten dagegen gewehrt haben. Im Vordergrund des Wehrens stand, daß der Finanzausgleich ja bereits beschlossen ist und seine Gültigkeit haben soll bis glaube ich in das Jahr 1963, darum wird wieder neu verhandelt. Das also zu dem. Es werden die Gemeinden also in Zukunft im Zusammenhang mit den Rentenerhöhungen und dergleichen Dinge, die in die Rentenreform fallen, nicht belastet.

Ich möchte mich aber eindeutig gegen eines wehren. Es ist dies vom Kollegen Hochmayr auch ein bisserl angedeutet worden - der Bund soll zahlen! Ich verteidige ihn nicht. Manchmal hat man, ich gestehe es ganz offen, 2 Seelen in seiner Brust. Man geht manchmal denselben Weg oder vertritt dieselbe Ansicht uns sagt, das ist eigentlich Angelegenheit des Bundes.

Wenn man dann aber auf den Grund geht, meine sehr verehrten Kollegen, der Bund ist eine Zusammenfassung von uns allen, das heißt, das was der Bund ausgibt, muß er von uns allen mitsammen einnehmen. Mit der Verteilung der Einnahmen sind Herr Kollege Moser und auch ich und wie ich glaube, auch viele andere nicht zufrieden. Beim Steuern zahlen fühlt sich jeder benachteiligt, das steht außer Frage. Darüber hinaus möchte ich aber eines sagen, zur Entlastung der Abgeordneten vielleicht, wenn ich so sagen darf, daß alle Regelungen in Bezug auf Abgaben, die die Gemeinden und die Städte an den Bund zu tätigen haben, in demokratischer Weise zwischen diesen Körperschaften abbesprochen werden, das heißt, daß in Verhandlungen die Regierung bzw. der Finanzminister mit dem Gemeinde- und Städtebund hier eine Einigung herbeizuführen versucht. Ich möchte schon eindeutig sagen, daß es also nicht ein Nichtsehen dieser Probleme von Seite der Abgeordneten, der Volksvertreter ist, sondern daß es eben eine Absprache aller dieser Körperschaften ist.

Ich sage noch einmal, mich freut es, obwohl ich es nicht ungern gehört hätte, daß die Kritik an der Gemeindetätigkeit selbst eine verhältnismäßig geringe gewesen ist. Von beiden Kollegen, sowohl vom Kollegen Moser als auch vom Kollegen Hochmayr, ist ein Wort gefallen, das ich persönlich doch gerechterweise nicht ganz akzeptiere, und zwar sprechen Beide in irgendwelchen Zusammenhängen von einer Notlage unserer Gemeinde. Da möchte ich schon sagen, die Ansicht über eine Notlage kann ich von verschiedenen Standpunkten aus nicht billigen. Wenn wir die Aufgaben, die wir noch zu vollbringen hätten, wenn wir alle Wünsche, die wir mitsammen haben - ich glaube bei diesen Wünschen trennen uns nicht die Parteigrenzen - als Grundlage nehmen, dann sind wir eine notleidende Stadt. Wir möchten bauen, alle Brücken und Straßen erneuern usw., aber jeder weiß, daß dies nicht möglich ist. Wenn ich aber die Dinge etwas objektiver betrachte und bedenke, was unsere Gemeinde in jedem Jahr an Wohnbauten, Straßen und Beleuchtungen usw. macht, so bin ich der Überzeugung, daß wir keine Notlage haben. Es würde uns auch in ganz Österreich keiner glauben, daß Steyr eine, in einer Notlage sich befindende Stadt ist. Ich weiß nicht genau auswendig, an welcher Stelle wir heute Gott sei Dank noch stehen.

Zwischenruf Prof. Neumann:

An zweiter!

Stadtrat Franz Enge:

Ja ich glaube an zweiter Stelle.

Im Punkte Sparen hat ja unser Finanzreferent - er wird mir nicht böse sein - fortgesetzt, was oben begonnen worden ist und jeder einzelne Redner hat dies ebenfalls betont. Ich glaube, es hat keinen Sinn, einzelne Posten aus dem Budget zu streichen, darüber ist sich wohl jeder Redner im klaren. Ich nehme die Worte des Herrn Vizebürgermeisters Paulmayr als humoristische Darlegung, obwohl er im Grunde genommen recht hat. Es ist eine alte Tatsache, daß, was man sich vorwegnimmt zu sparen, dann im Laufe des Jahres ausgegeben wird. Ich bin vielmehr der Auffassung, alle Posten, wie sie das Budget vorsieht, zu belassen. Wir verfügen und beschließen ja darüber im Stadt- und Gemeinderat das ganze Jahr. Wir haben dabei immer wieder die Möglichkeit, wir tun dies ja bereits seit 15 Jahren, noch einmal abzuwägen, was wir durchführen und was wir einsparen können. Das sehr verehrter Gemeinderat zu diesem Problem.

Ich weiß nicht, Kollege Hochmayr, vielleicht provoziere ich jetzt, ist nicht auch von den Schulbüchern gesprochen worden? Nicht?

Gemeinderat Hochmayr:

Nein, darüber reden wir bei einer anderen Gelegenheit.

Stadtrat Franz Enge:

Dann bleibt diese Frage offen, Ich muß eigentlich ganz ehrlich sagen....

Stadtrat August Moser:

Provoziere das nicht?

Stadtrat Franz Enge:

Nein, im Gegenteil, ich habe es nur erwartet. Leider ist aber darüber nicht gesprochen worden. Ich habe mich, da es ja meine Aufgabe gewesen wäre, dazu etwas zu sagen, darauf vorbereitet. Lieber Hochmayr, es ist nicht schön von Dir, daß Du von dem, worauf ich mich vorbereitet gehabt hätte, nicht gesprochen hast. Die Steuereingänge in Zusammenhang zu bringen mit den verschiedensten Gruppen der Bevölkerung, mußte vorbereitet sein. Eine Antwort darauf ist mir selbstverständlicherweise nicht möglich. Sie gehört meiner Ansicht nach auch in einen anderen Rahmen.

Darf auch ich abschließend noch sagen, fast wie in jedem Jahr, daß es uns allen mitsammen eine ehrliche innere Freude ist, in Steyr in der Gemeindestube zu sitzen, weil wirklich Sachlichkeit und Objektivität und ich glaube auch eine gewisse persönliche Freundschaft herrscht, die so viel dazu beiträgt, daß in unserer Gemeindestube ein schönes und angenehmes arbeiten ist.

Ich kann, nachdem uns nur mehr einige Wochen vom Jahreswechsel trennen, nur sagen, es möge dabei bleiben und ich glaube daran.

Bürgermeister Josef Fellingner:
Herr Stadtrat Besendorfer, bitte?

Stadtrat Alois Besendorfer:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte einige Worte zu den Ausführungen des Kollegen Hochmayr verlieren. Er hat mich zitiert im Zusammenhang mit einer Erklärung vom vorigen Jahr betreffend des Anbaues zum Altersheim.

Ich glaube, uns alle freut es sehr, daß der Finanzreferent es trotz der Krisenlage zuwege bringen konnte, den Anbau des Altersheimes ins Budget unterzubringen.

Herr Kollege Hochmayr hat hier angeführt, daß er diesen Wunsch, daß dort eine Kapelle hineinkommen soll, schon einige Jahre vorbringt. Wir wissen das ja alle. Er hat es heuer ganz besonders tröstlich geschildert und hier an das vorweihnachtliche Gefühl der Gemeindevertreter appelliert. Ich möchte nur eine Berichtigung dazu geben. Es könnte nämlich der Anschein erweckt werden, daß bei unseren Heimbewohnern das Verlangen nach einer Kapelle wirklich so groß ist.

Zwischenruf Gemeinderat Hochmayr:

Ich zeige Dir die Unterschriften.

Stadtrat Alois Besendorfer:

Es ist ein Wunsch des Kollegen Hochmayr, daß eine Kapelle hinaufkommt. Es ist richtig, daß eine Unterschriftensammlung einmal organisiert wurde, das Resultat liegt hier auf. Bitte, bei einer Unterschriftensammlung ist es aber jedem überlassen, sich darüber eine eigene Meinung zu bilden. Ich darf hier nur sagen, daß ich noch niemals, wenn ich im Altersheim war, diesbezüglich ersucht wurde. Das ist eine Erklärung, die ich hier abgebe. Viele Sorgen sind an mich herangetragen worden, aber ich muß sagen, es ist noch nie einer gekommen, der gesagt hätte, geh, bittschön schauts, daß eine Kapelle ins Altersheim kommt. Es mag verständlich sein, daß verschiedene alte Leute gegenüber Kollegen Hochmayr den Wunsch geäußert haben, das streite ich gar nicht ab. Es soll aber nicht der Anschein erweckt werden, als wenn im Altersheim es die vordringlichste Sorge wäre, daß eine Kapelle eingerichtet wird. Das wäre nämlich ein falsches Bild, das man hier dem Gemeinderat gezeichnet hat.

Ich darf dazu sagen, das haben wir auch schon Herrn Gemeinderat Hochmayr versichert, daß, soweit es im Bereiche des Möglichen liegt, allen Wünschen, die von den alten Leuten an uns herangetragen werden, weitgehendst Rechnung getragen wird. Das wollte ich zu den Ausführungen des Kollegen Hochmayr noch gesagt haben.

Bürgermeister Josef Fellingner:
Herr Prof. Neumann bitte?

Stadtrat Prof. Anton Neumann:
Meine Damen und Herren!

Wenn man so ziemlich als letzter Redner zu diesem Thema sprechen soll, dann passiert es, daß einem die Vorredner viel weggenommen haben. So ist es auch mir ergangen. Aber, fürchten Sie nicht, daß ich nun hier wiederholen werde, was andere gesagt haben, dem wir auch zustimmen.

Nur einige Kleinigkeiten. Der Voranschlag 1961 enthält keinen Posten für die seinerzeit geplante Stadtbücherei. Nun es soll der Ausfall dieses Postens aber nicht gewertet werden als vollständiges Fallenlassen des Gedankens an die Errichtung einer Stadtbücherei. Ich hätte es zwar ganz gern gesehen, wenn wenigstens ein kleiner Betrag eingesetzt würde, gewissermaßen als Erinnerungsmal, damit diese Frage nicht gänzlich unter den Tisch fällt, sondern dieser Gedanke weiter erwogen wird. Ich will aber hoffen, daß auch ohne diesen Betrag im Budget der Gedanke ventiliert wird und möchte nur hinzufügen, daß gerade eine Stadtbücherei einen ausschlaggebenden Erfolg in der Bekämpfung von Schmutz und Schund haben kann.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung ist in allerletzter Zeit ein Wunsch an mich herangetragen worden und zwar der, bei der Errichtung von Beleuchtungsanlagen, Rücksicht zu nehmen auf das Stadtbild. Es gibt Beleuchtungsmasten, welche den Blick aufsetzen wie das unter Anführungszeichen, "berühmte Ansichten von Steyr oder Teile von Steyr" gerade zu verschandeln und photographische Aufnahmen fast unmöglich machen.

Vielleicht könnte das Stadtbauamt sich doch dieser Sache annehmen und bei Neuerstellungen darauf Rücksicht nehmen und vielleicht auch solche Masten, die wirklich im Wege stehen, beseitigen und besser anbringen.

Bezüglich Minichmayr möchte ich als Ergänzung zu dem was Herr Vizebürgermeister gesagt hat, Ihnen vorschlagen, daß die Stadt mit Herrn Minichmayr sich in Verbindung setzt und ihn ersucht, er möge die Stadt über Verhandlungen die er führt, informieren, damit ev. Gelegenheit geboten wird, daß die Stadt sich dabei auf irgend eine Weise einschaltet.

Das letzte Jahr der Tätigkeit des jetzigen Gemeinderates wäre vielleicht der Zeitpunkt, den Gemeinderäten eine Übersicht über das Vermögen der Stadt zuzuleiten. Wir entscheiden über so und so viele Millionen und ich erinnere mich, daß in früheren Voranschlägen ein Passus über das Vermögen und den Zuwachs an Vermögen enthalten war. In den letzten zwei oder drei Jahren ist dies nicht mehr der Fall. Vielleicht wäre es angezeigt, dies gelegentlich einmal nachzuholen.

Zum Schluß möchte ich noch hinzufügen, daß meine Fraktion dem Voranschlag zustimmt.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Lediglich das Schlußwort des Referenten ist noch ausständig. Ich bitte darum.

Stadtrat Hans Schanovsky:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Sie haben mir das Schlußwort sehr leicht gemacht. Ich habe ja nur den Voranschlag zu rechtferti-

gen und zu verteidigen und brauche daher nicht auf politische Probleme eingehen. Wie ich in meinen Ausführungen schon erwähnt habe, gäbe es viele Wünsche, die noch zu erfüllen wären. Sie mußten aber auf Grund der finanziellen Lage zurückgestellt werden. Einige der Wünsche die sie vorgebracht haben werden für das nächste Budget in Betracht gezogen.

Wenn Sie in dem einen oder anderen Punkt mehr Sparsamkeit vorgeschlagen haben, wie bei den Repräsentationskosten, die in unserem Budget mit 60 000 Schilling veranschlagt sind, so muß ich Ihnen sagen, bei einem Budget von 100 Millionen Schilling sind 60 000 Schilling nicht einmal ein Promill. Ich glaube sogar, daß wir als eine Stadt mit einem derart hohen Aufwand zu mehr als nur 60 000 Schilling für Repräsentationskosten verpflichtet sind.

Kollege Enge hat ja schon auf die humoristische Post Fremdenverkehrswerbung hingewiesen, sodaß ich mir ersparen kann, diese nochmals zu erwähnen.

Abschließend möchte ich noch sagen, wir haben in der Gemeinde nur kommunale Aufgaben zu erledigen. Kirchliche Interessen muß die Kirche vertreten.

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie mit so großem Verständnis heute ihre positive Erklärung zu diesem Voranschlag abgegeben haben und ich freue mich, feststellen zu können, daß wir keine arme Stadt sind, daß wir doch noch zu den Städten in Österreich gehören, die um ihre finanzielle Lage beneidet werden. - Danke.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Wir kommen zur Beschlußfassung über den uns vorgelegten Antrag und ich bitte Sie, mit einem Zeichen der Hand Ihre Zustimmung zu geben.

Darf ich darum bitten? (Sämtliche Gemeinderatsmitglieder bekunden durch Erheben der Hand ihre Zustimmung). Die Gegenprobe bitte? Ich stelle die einstimmige Zustimmung zum Budget 1961 fest.

Darf ich gleich auch die Freude daran zum Ausdruck bringen, daß es uns trotz Meinungsverschiedenheiten, die allerdings auf anderen Ebenen liegen, auf der Gemeindeebene immer und immer wieder in bewährter Zusammenarbeit gelungen ist, die Sachlichkeit in den Vordergrund aller unserer Diskussionen und Beschlüsse zu stellen. Ich knüpfe die berechtigte Hoffnung daran, daß es auch in Zukunft so sein wird. Ich danke Ihnen für die Abstimmung.

Der nächste Tagesordnungspunkt sieht eine Vorfinanzierungsangelegenheit vor. Ich bitte ebenfalls Berichterstatter Schanovsky.

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky:

Im Zuge der Wohnbautätigkeit unserer Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft sollen wir eine Vorfinanzierung für verschiedene Wohnbauten gewähren. Es liegt daher folgender Antrag vor:

- 4) Ha- 146/1957
Ha-3587/1960
Ha-4212/1960

Ha-4206/1960

Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH wird für die Wohnbauten EVI/5+6, EX, EXII, EXIII und Sch IV ein Vorfinanzierungsdarlehen in der Höhe von S 8 870 000, -- gewährt und zu diesem Zweck obiger Betrag aus dem veranschlagten Kredit der VP 62-851 aOH/1960 freigegeben.

Die Festsetzung der endgültigen Darlehenshöhe sowie der Darlehensbedingungen für die einzelnen Bauten erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Das Vorfinanzierungsdarlehen ist zinsfrei. Soweit jedoch zwischen Auszahlung und Verwendung des Darlehens Zinserträge bei der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft anfallen, sind diese wie bei allen Baudarlehen am Jahresende an die Stadthauptkasse abzuführen.

Der Gemeinderatsbeschluss über die Bevorschussung dieser Vorfinanzierung vom 1. 7. 1960 wird hiermit aufgehoben und sind die bisher vorschussweise ausbezahlten Beträge auf das Vorfinanzierungsdarlehen anzurechnen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Sie hörten einen Antrag, sind Sie damit einverstanden? Nachdem keine gegenteilige Meinung vorgebracht wird, nehme ich Ihre Zustimmung an.

Ich bitte Herrn Stadtrat Schanovsky, fortzusetzen.

Stadtrat Hans Schanovsky:

Ein weiterer Antrag betrifft:

5) ÖAG-7878/1960

St. Untern.

Erwerb von Miteigentumsanteilen im Hochhaus Färbergasse 7.

Antrag des Stadtrates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erwerb folgender Miteigentumsanteile nach dem Wohnungseigentumsgesetz im Hochhaus Färbergasse 7 wird genehmigt:

Sämtliche Räume im 1. Obergeschoß, der Geschäftsraum mit Magazin, Vorraum und Klosett im Erdgeschoß sowie das Büro mit zwei Nebenräumen und ein Abstellraum ebenfalls im Erdgeschoß.

Nach Maßgabe der Friedensmietwertfeststellung des Bezirksgerichtes Steyr beträgt der Kaufpreis insgesamt S 1 511 084, --. Hierauf wurde im Jahre 1959 aus den Mitteln des aOH bereits eine Anzahlung von S 600 000, -- geleistet. Der Restbetrag von S 911 084, -- wird als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 62-95 aOH/60 bewilligt.

Die Deckung dieser Ausgabe ist auf dem Weg über die Rücklagen aus der Darlehensrückzahlung für das Hochhaus (1 397 000, --) zu entnehmen.

Auch hier bitte ich um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Geben Sie auch diesem Antrag Ihre Zustimmung?

Dies ist der Fall.

Bitte, es liegt noch ein Antrag vor.

Stadtrat Hans Schanovsky:

Im gleichen Zusammenhang mit dem Hochhaus Färbergasse 7, soll ein Darlehen an die Wohnungsgesellschaft wiederum reduziert werden.

Der diesbezügliche Stadtratsantrag lautet:

6) Ha-8607/1958

Reduzierung eines Darlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH der Stadt Steyr für den Bau des Hochhauses Färbergasse 7.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Infolge der Abverkäufe nach dem Wohnungseigentumsgesetz verringert sich der Darlehensbedarf für die vermieteten Gebäudeteile des Hochhauses Färbergasse 7. Das mit Beschluss des Gemeinderates vom 23. 3. 1959 gewährte Darlehen von S 6 600 000, -- wird aus diesem Grunde um S 1 397 000, -- auf S 5 203 000, -- gekürzt. Vom verbleibenden Darlehen sind S 5 068 000 für das Hochhaus selbst und S 135 000, -- für die damit in Zusammenhang erbauten 7 Garagenboxen bestimmt.

Das Darlehen ist mit 1 % p.a. zu tilgen und mit 2 % p.a. halbjährlich im vorhinein zu verzinsen, beginnend mit 1. 1. 1960 (gleichbleibende, halbjährliche Antizipativannuitäten).

Die bisher eingeforderten Annuitäten sind entsprechend dem verminderten Darlehensbetrag zu berichtigen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Stimmen Sie auch diesem Antrag zu? Dies ist der Fall.

Als nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Besendorfer vorgesehen.

Stadtrat Alois Besendorfer:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich darf Ihnen 2 Anträge vorbringen. Der erste betrifft:

7) Präs-404/1960

Bestellung eines gemeinderätlichen Wohnungsausschusses.

Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses bzw. des Stadtrates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In den zu bildenden gemeinderätlichen Wohnungsausschuß werden folgende Mitglieder berufen: Von Seiten der SPÖ:

Stadtrat Alois Besendorfer als Obmann

Mitglieder:

Bürgermeister Josef Fellingner

Bürgermeister-Stellvertreter Michael Sieberer

Gemeinderat Leopold Wippersberger

Gemeinderat Alfred Baumann

Von Seiten der ÖVP:

Gemeinderat Josef Hochmayr

Gemeinderat Johann Ebmer

Von Seiten der FPÖ:
Gemeinderat Friedrich Stahlschmidt
Von Seiten der KPÖ:
Stadtrat August Moser.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister Josef Fellingner:
Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Dies ist der Fall.

Stadtrat Alois Besendorfer:
Mein zweiter Antrag betrifft:

8) Zl. 2033/1952

□ Aufhebung des GR-Beschlusses betreffend die Benützung von öffentlichem Gemeindegut und dem darüber befindlichen Luftraum.

Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 8. September 1953 betreffend die über den

Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Gemeindegutes der Stadt Steyr und des Luftraumes über demselben, kundgemacht am 21. September 1953, wird hiermit aufgehoben.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Sind Sie auch mit diesem Antrag einverstanden? Dies ist der Fall und wir sind somit am Ende der Tagesordnung angelangt.

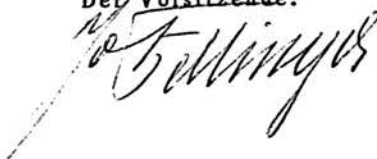
Ich habe Ihnen den Dank für die Mitarbeit nicht nur in den Sitzungen sondern in der gesamten kommunalen Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen. Darf ich Ihnen auch die herzlichsten Wünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest und ein recht erfolgreiches Neues Jahr übermitteln.

Dasselbe möchte ich auch der Presse wünschen, sie möge uns auch im kommenden Jahr eine wohlwollende Presse sein.

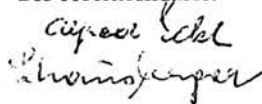
Damit ist die Gemeinderatsitzung beendet.

Ende der Sitzung: 18,45 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:



Die Protokollprüfer:

